

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009
und Lagebericht

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
Hof an der Saale

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
Hof an der Saale

Bilanz zum 31. Dezember 2009

A k t i v a

	Anhang	31.12.2009	31.12.2008
	Tz.	T€	T€
Anlagevermögen	4		
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	432	338
Sachanlagen		183	193
Finanzanlagen	6	2.940.934	3.094.279
		<u>2.941.549</u>	<u>3.094.810</u>
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.265.365	1.064.565
Sonstige Vermögensgegenstände		68.014	37.571
		<u>1.333.379</u>	<u>1.102.136</u>
Guthaben bei Kreditinstituten		16	0
		<u>1.333.395</u>	<u>1.102.136</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	8	653	1.037
		<u>4.275.597</u>	<u>4.197.983</u>

Passiva

	Anhang	31.12.2009	31.12.2008
	Tz.	T€	T€
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	9		
Stammaktien		295.747	293.932
Vorzugsaktien		3.884	3.811
--bedingtes Kapital I T€3.057 (i.Vj. T€3.399)--			
--bedingtes Kapital II T€2.311 (i.Vj. T€2.402)--			
--bedingtes Kapital III T€6.350 (i.Vj. T€7.250)--			
--bedingtes Kapital IV T€14.444 (i.Vj. T€15.000)--			
		<u>299.631</u>	<u>297.743</u>
Kapitalrücklage	10	1.617.225	1.574.427
Andere Gewinnrücklagen		51.129	51.129
Bilanzgewinn	11	748.591	761.955
		<u>2.716.576</u>	<u>2.685.254</u>
Rückstellungen	12		
Rückstellungen für Pensionen		2.006	1.723
Steuerrückstellungen		46.527	7.449
Sonstige Rückstellungen		29.121	23.029
		<u>77.654</u>	<u>32.201</u>
Verbindlichkeiten	13		
Verbindlichkeiten aus Wandelschuldverschreibungen		93	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		844.597	597.262
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		150	540
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		626.280	879.032
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		109	89
Sonstige Verbindlichkeiten		10.138	3.605
		<u>1.481.367</u>	<u>1.480.528</u>
		<u>4.275.597</u>	<u>4.197.983</u>

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
Hof an der Saale

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**

	Anhang	2009	2008
	Tz.	T€	T€
Beteiligungsergebnis	15	284.804	328.703
--davon aus verbundenen Unternehmen T€284.715 (i. Vj. T€328.639)--			
Sonstige betriebliche Erträge	16	54.419	74.859
Personalaufwand	17	-8.777	-7.511
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-265	-166
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18	-89.217	-83.570
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	19		18.914
--davon aus verbundenen Unternehmen T€4.133 (i. Vj. T€18.914)--		4.133	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	114.036	64.021
--davon aus verbundenen Unternehmen T€85.197 (i. Vj. T€53.666)--			
Abschreibungen auf Finanzanlagen	21	-6.170	-816
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22	-118.207	-85.474
--davon an verbundene Unternehmen T€29.563 (i. Vj. T€48.303)--			
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		234.756	308.960
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23	-75.138	-55.452
Sonstige Steuern		-215	-16
Jahresüberschuss		159.403	253.492
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		589.188	508.463
Bilanzgewinn		748.591	761.955

Anhang der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale für das Geschäftsjahr 2009

1. Allgemeines

Rechnungslegung

Die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, im Folgenden auch kurz "FMC-AG & Co. KGaA" oder die „Gesellschaft“ genannt, erstellt und veröffentlicht als börsennotierte Gesellschaft einen Jahresabschluss nach HGB. Sie unterliegt seit dem Geschäftsjahr 2007 als kapitalmarktorientiertes Mutterunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union („EU“) zusätzlich der Pflicht, einen Konzernabschluss nach den „International Financial Reporting Standards“ („IFRS“) unter Anwendung von § 315a HGB aufzustellen und zu veröffentlichen. Die Gesellschaft hat zum 31. Dezember 2009 einen Konzernabschluss mit den am Abschlussstichtag gültigen Richtlinien des „International Accounting Standards Board“ (IASB) und den verbindlichen Interpretationen des „International Financial Reporting Interpretations Committee“ (IFRIC), wie sie in der EU verpflichtend anzuwenden sind, aufgestellt und wird diesen veröffentlichen. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht werden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereicht.

Weiterhin stellte die Gesellschaft einen Konzernabschluss nach US-GAAP in US-\$ auf und reicht diesen mit dem Formular 20-F der Securities and Exchange Commission, Washington, D. C., USA, ein.

Die Gesellschaft wird in den beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereichten Konzernabschluss der Fresenius SE, Bad Homburg v.d.H., nach § 315a HGB (IFRS) und in deren freiwillig aufgestellten Konzernabschluss nach US-GAAP einbezogen.

Die Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 S. 1 Nr. 11 HGB erfolgen statt im Anhang alternativ in einer separaten Beteiligungsliste der FMC-AG & Co. KGaA nach § 287 Satz 1 HGB. Diese wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereicht, der die Angaben dem Unternehmensregister übermittelt. Aus ihr lassen sich auch die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen entnehmen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr beibehalten worden.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten bewertet, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen. Die Nutzungsdauer für Standardsoftware beträgt 2 Jahre. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, soweit den Vermögensgegenständen ein niedrigerer Wert am Bilanzstichtag beizulegen ist und die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist.

Die ausschließlich andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung umfassenden Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer oder, soweit steuerlich zulässig, degressiver Abschreibungen bewertet. Für die Abschreibungsermittlung gelten überwiegend Nutzungsdauern von 3 – 5 Jahren. Geringwertige Anlagegüter werden in einen Sammelposten eingestellt und über einen Zeitraum von 5 Jahren linear abgeschrieben.

Bei den degressiven Abschreibungen wird auf die lineare Abschreibungsmethode übergegangen, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, soweit den Vermögensgegenständen ein niedrigerer Wert am Bilanzstichtag beizulegen ist und die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist.

Sofern die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden sie durch entsprechende Zuschreibungen rückgängig gemacht.

Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten werden grundsätzlich genutzt.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nominalbetrag abzüglich erforderlicher Einzelwertberichtigungen angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen werden mit dem Teilwert nach § 6a EStG und unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % p.a. sowie unter Zugrundelegung der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck (RT 2005 G) gebildet.

Die übrigen Rückstellungen werden für erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten gebildet und mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

3. Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungspositionen erfolgt mit dem Kurs zum Entstehungszeitpunkt oder bei Forderungen zum niedrigeren und bei Verbindlichkeiten zum höheren Marktkurs am Bilanzstichtag, soweit dies bei nicht kursgesicherten Positionen erforderlich ist.

Bilanzerläuterungen

4. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung ist nachfolgend dargestellt:

	Anschaffungskosten			Abschreibungen			Buchwerte 31.12.2009	Buchwerte 31.12.2008	
	Stand 01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2009	Abschrei- bungen kum.	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres			kum. Abschrei- bungen auf Abgänge
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände									
Konzessionen und ähnliche Rechte	2.191	240	7	2.424	1.992	146	7	432	338
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	2.191	240	7	2.424	1.992	146	7	432	338
Sachanlagen									
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	784	109	48	845	662	119	49	183	193
Summe Sachanlagen	784	109	48	845	662	119	49	183	193
Finanzanlagen									
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.881.237	136.876	126.030	2.892.083	10.179	3.538	-	2.881.904	2.874.596
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	230.565	175	153.953	76.787	19.198	283	-	57.589	211.649
Beteiligungen	3.790	-	-	3.790	2.349	2.349	-	1.441	3.790
Geleistete Anzahlungen auf Finanzanlagen	4.244	-	4.244	-	-	-	-	0	4.244
Summe Finanzanlagen	3.119.836	137.051	284.227	2.972.660	31.726	6.170	-	2.940.934	3.094.279
Anlagevermögen	3.122.811	137.400	284.282	2.975.929	34.380	6.435	56	2.941.549	3.094.810

5. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen Spezial- und Standardsoftware, ein Patent sowie ein sonstiges Recht.

6. Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich im Wesentlichen durch Kapitalerhöhungen sowie eine Kapitalherabsetzung, durch Liquidationen von Gesellschaften und durch Neugründungen von Gesellschaften als auch durch die außerplanmäßige Abschreibung von Anteilen an einem Tochterunternehmen verändert.

Außerdem hat die FMC-AG & Co. KGaA im Geschäftsjahr 2009 sämtliche von ihr gehaltenen Anteile an acht internationalen Beteiligungen in die FMC Beteiligungsgesellschaft im Wege der Kapitalerhöhung durch Sacheinlage zu Buchwerten in Höhe von T€ 116.352 eingelegt. Die Höhe der Finanzanlagen hat sich durch diesen Vorgang nicht verändert.

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich der Buchwert der Beteiligungen durch die außerplanmäßige Abschreibung von Anteilen an einer Beteiligung verändert.

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen haben sich hauptsächlich durch die Umwandlung einer Ausleihung an ein Tochterunternehmen in eine kurzfristige Darlehensforderung gegen verbundene Unternehmen verändert.

7. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen Darlehen, die daraus resultierenden Zinsforderungen und laufende Verrechnungskonten. Die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Umwandlung einer Ausleihung an ein Tochterunternehmen in eine kurzfristige Darlehensforderung gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Steuerforderungen auf Grund von geleisteten Zahlungen für zum Teil angefochtene Steuerbescheide sowie Gewerbesteuerforderungen für das Vorjahr und das Berichtsjahr 2009 sowie die daraus resultierenden Forderungen aus Zinsen auf Steuern.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände weisen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf.

8. Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft im Wesentlichen das Disagio einer in 2011 fälligen Darlehensverbindlichkeit in Höhe von T€ 300.000 gegenüber der FMC Trust Finance III, welches die FMC-AG & Co. KGaA im Geschäftsjahr 2004 übernommen hat. Zum 31.12.2009 beläuft sich der Buchwert des Disagios auf T€ 371 und wird über die Restlaufzeit linear verteilt.

9. Gezeichnetes Kapital

	<u>T€</u>	<u>Aktien</u>
<u>Inhaber-Stammaktien</u>		
Stand 31.12.2008	293.932	293.932.036
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen	1.815	1.814.599
Stand 31.12.2009	295.747	295.746.635

Inhaber-Vorzugsaktien

Stand 31.12.2008	3.811	3.810.540
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen	73	73.788
Stand 31.12.2009	3.884	3.884.328

Mit Schreiben vom 15. Februar 2006 hat die Fresenius SE, damals firmierend als Fresenius AG, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sie 36,77 % der Stimmrechte an der FMC-AG & Co. KGaA hält.

Zum 31. Dezember 2009 hält die Fresenius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., 36,05 % der Stimmrechte der Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Fresenius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., alleinige Aktionärin der Fresenius Medical Care Management AG, Hof an der Saale, die wiederum die persönlich haftende Gesellschafterin der FMC-AG & Co. KGaA ist.

Die Komplementärin, die Fresenius Medical Care Management AG, Hof an der Saale, ist nicht zur Stellung einer Kapitaleinlage verpflichtet und hat auch keine Kapitaleinlage erbracht. Sie ist weder am Gewinn und Verlust noch am Vermögen der Gesellschaft beteiligt. Die persönlich haftende Gesellschafterin erhält für die Übernahme der Geschäftsführung der Gesellschaft und der Haftung eine gewinn- und verlustunabhängige jährliche Vergütung in Höhe von 4 % ihres Grundkapitals.

Genehmigtes Kapital I

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 ist der Vorstand ermächtigt worden, bei erfolgreicher Durchführung des Formwechsels und Umtausch der Inhaber-Vorzugsaktien die Aufhebung des bestehenden Genehmigten Kapitals I basierend auf Inhaber-Vorzugsaktien vorzunehmen und die Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals I sowie die entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals um insgesamt bis zu T€ 30.720 durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2005 wurde danach aufgehoben.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, in der Zeit bis zum 29. August 2010 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt T€ 35.000 gegen Bareinlagen durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts

der Aktionäre zu entscheiden. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur für Spitzenbeträge zulässig. Die neuen Aktien können auch von durch die persönlich haftende Gesellschafterin bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Genehmigtes Kapital II

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 ist der Vorstand ermächtigt worden, bei erfolgreicher Durchführung des Formwechsels und Umtausch der Inhaber-Vorzugsaktien die Aufhebung des bestehenden Genehmigten Kapitals II basierend auf Inhaber-Vorzugsaktien vorzunehmen und die Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals II sowie die entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals um insgesamt bis zu T€ 20.480 durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 wurde danach aufgehoben.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, in der Zeit bis zum 29. August 2010 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt T€ 25.000 durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlage und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, jeweils mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur zulässig, wenn im Fall einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen der auf die neuen Aktien entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages durch die persönlich haftende Gesellschafterin nicht wesentlich unterschreitet oder im Falle einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen die Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder einer Beteiligung an einem Unternehmen erfolgen soll.

Bedingtes Kapital

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat seit 1996 insgesamt vier Programme zur erfolgsabhängigen Vergütung des Vorstands und der leitenden Mitarbeiter beschlossen. Die Programme basieren auf Wandelschuldverschreibungen oder Aktienoptionen, für welche jeweils die nachfolgend beschriebenen bedingten Kapitalerhöhungen beschlossen wurden. Die Kapitalerhöhungen werden jeweils nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen bzw. Aktienoptionen von ihren Wandlungsrechten Gebrauch machen.

Bedingtes Kapital I

In den Hauptversammlungen vom 24. September 1996 und vom 2. Juni 1999 ist eine bedingte Kapitalerhöhung von bis zu T€ 12.800 durch Ausgabe stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien beschlossen worden.

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist dieses bedingte Kapital auf den Betrag herabgesetzt worden, der zur Sicherung der bisher ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen auf Grund der am 23. September 2001 auslaufenden Ermächtigung der Hauptversammlung vom 24. September 1996 erforderlich ist, nämlich auf T€ 6.144.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um bis zu T€ 3.728 bedingt erhöht, durch Ausgabe von bis zu 1.108.074 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 348.260 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 betreffend die Durchführung eines Aktiensplits wurde das bedingte Kapital I mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um bis zu T€ 3.671 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 3.086.742 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 584.733 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde von den Wandlungsrechten teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
57.592	284.157	342
(i. Vj. 6.451)	(i. Vj. 145.082)	(i. Vj. 152)

Bedingtes Kapital II

In den Hauptversammlungen vom 10. Juni 1998 und vom 2. Juni 1999 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 6.400 durch Ausgabe von bis zu Stück 2.500.000 stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien an die Berechtigten der gemäß dem Aktienoptionsprogramm auszugebenden Bezugsrechte bedingt zu erhöhen. Hiervon entfallen bis zu 500.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 2.000.000 Stück, die zum Bezug stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien berechtigen. Die Ausgabe der stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien erfolgt zu dem jeweils festgelegten Ausübungspreis. Die neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien nehmen am Gewinn ab Beginn des Geschäftsjahres teil, in dem die Ausgabe erfolgt.

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist dieses bedingte Kapital auf den Betrag herabgesetzt worden, der zur Sicherung der bisher ausgegebenen Aktienoptionen erforderlich ist, nämlich auf T€ 3.072.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um bis zu T€ 2.246 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 768.162 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 109.174 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 betreffend die Durchführung eines Aktiensplits wurde das bedingte Kapital II mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhält-

nis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um bis zu T€ 2.540 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 2.301.036 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 239.094 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde von dem Ausübungsrecht teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
0	90.543	91
(i. Vj. 0)	(i. Vj. 95.739)	(i. Vj. 96)

Bedingtes Kapital III

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€10.240 durch Ausgabe von bis zu Stück 4.000.000 stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien zur Sicherung der in der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 beschlossenen Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen bedingt zu erhöhen. Hiervon entfallen bis zu 500.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 3.500.000 Stück, die zum Bezug stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien berechtigen. Die neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien nehmen am Gewinn ab Beginn des Geschäftsjahres teil, in dem die Ausgabe erfolgt.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um bis zu T€ 8.965 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 1.109.967 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 2.391.884 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 betreffend die Durchführung eines Aktiensplits wurde das bedingte Kapital III mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um bis zu T€9.159 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 3.248.280 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 5.910.873 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde von den Wandlungsrechten teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
16.196	884.032	900
(i. Vj. 26.002)	(i. Vj. 904.632)	(i. Vj. 930)

Bedingtes Kapital IV

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 9. Mai 2006 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 12.800 bedingt zu erhöhen durch Ausgabe von bis zu Stück 5.000.000 neuer Inhaber-Stammaktien. Hiervon entfallen bis zu 1.000.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 4.000.000 Stück, die zum Bezug von Inhaber-Stammaktien berechtigen. Für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin ist ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig. Die neuen Inhaber-Stammaktien nehmen ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem die Ausgabe erfolgt, am Gewinn teil.

Der Ausübungskurs der unter dem Aktienoptionsplan 2006, im Folgenden auch kurz „2006 Plan“ genannt, gewährten Optionen entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs, der für die Stammaktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 30 Kalendertage vor dem jeweiligen Zuteilungszeitpunkt notiert wurde. Die unter dem 2006 Plan gewährten Optionen haben eine Laufzeit von sieben Jahren, können jedoch erst nach einer dreijährigen Wartezeit ausgeübt werden. Optionen werden zugeteilt, wenn die Erfolgsziele über einen Zeitraum von drei Jahren ab dem Tag der Zuteilung erreicht werden. In jedem dieser Jahre gilt das Erfolgsziel als erreicht, wenn das bereinigte Ergebnis je Stammaktie („EPS“) der Gesellschaft, wie es unter dem 2006 Plan errechnet wird, sich während der Wartezeit jährlich um mindestens 8 % erhöht; Ausgangswert ist das EPS im Jahr der Zuteilung gegenüber dem EPS vor dem Jahr der Zuteilung. Für jede Zuteilung gilt, dass ein Drittel der zugeteilten Optionen für jedes Jahr, in dem das Ziel von 8 % für das EPS nicht erreicht wird, verfällt. Die Ausübung eines oder mehrerer Anteile einer Zuteilung für ein oder mehrere Jahre, in denen das Erfolgsziel erreicht wurde, kann erst nach Ablauf der gesamten dreijährigen Wartezeit erfolgen.

Durch Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 betreffend die Durchführung eines Aktiensplits wurde das bedingte Kapital IV mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um bis zu T€ 15.000 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 15.000.000 neuen Inhaber-Stammaktien. Die Neueinteilung des Grundkapitals ist bei der Berechnung, ob das Erfolgsziel jeweils erreicht wurde, so zu berücksichtigen, dass weiterhin eine Vergleichbarkeit der Bezugsgrößen gewährleistet ist.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde erstmalig teilweise von unter dem 2006 Plan gewährten Optionen Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
0	555.867	556

10. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich wie folgt entwickelt:

	T€
Vortrag zum 01.01.2009	1.574.427
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen	42.798
Stand 31.12.2009	1.617.225

11. Bilanzgewinn

Im Bilanzgewinn ist ein Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gemäß Gewinnverwendungsbeschluss in Höhe von T€589.188 enthalten.

12. Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen enthalten voraussichtliche Beträge aus noch ausstehenden Steueranforderungen für das Geschäftsjahr und die Vorjahre.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten vor allem Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Jahresabschlusskosten sowie Personalrückstellungen.

13. Verbindlichkeiten

	31.12.2009				31.12.2008			
	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
		T€	bis zu 1 Jahr T€	1 - 5 Jahre T€		über 5 Jahre T€	T€	bis zu 1 Jahr T€
Wandelschuldverschreibungen	93	93			-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	844.597	4.389	840.208		597.262	41.540	465.722	90.000
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	150	150	-	-	540	540	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon an die persönlich haftende Gesellschafterin)	626.280 (16.928)	322.827 (16.928)	303.453	-	879.032 (12.499)	572.498 (12.499)	306.534	-
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	109	109	-	-	89	89	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern)	10.138 (180)	10.138 (180)	-	-	3.605 (153)	3.605 (153)	-	-
Summe	1.481.367	337.706	1.143.661	0	1.480.528	618.272	772.256	90.000

Wandelschuldverschreibungen

In den Verbindlichkeiten zum 31.12.2009 sind 106.407 Wandelschuldverschreibungen enthalten, die zur Ausübung von Stammaktien gemäß bedingtem Kapital III (siehe hierzu unter dem Stichwort „Bedingtes Kapital III“). berechtigen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten in Höhe von TUS-\$ 245.000 (T€ 265.240) und T€ 220.000 enthalten, die die Gesellschaft im Rahmen der unter den Haftungsverhältnissen beschriebenen Kreditvereinbarung 2006 aufgenommen hat. Zur Besicherung eines Großteils der Verbindlichkeiten aus der Kreditvereinbarung 2006 sind die Anteile am Stammkapital wesentlicher Tochtergesellschaften an die Gläubiger verpfändet worden.

Außerdem sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Verbindlichkeiten gegenüber der Europäischen Investitionsbank („EIB“) enthalten. Die zugrundeliegenden Kreditvereinbarungen wurden in den Jahren 2005, 2006 und 2009 abgeschlossen. Insgesamt stehen der Gesellschaft aus diesen Vereinbarungen Kreditfazilitäten in Höhe von T€ 271.000 zur Verfügung. Die Gesellschaft nutzt sie zur Refinanzierung bestimmter Forschungs- und Entwicklungsprojekte, zur Investition in die Ausweitung und Optimierung bestehender Produktionsstätten und zur Finanzierung von Modernisierungsprojekten für Dialysekliniken.

Die Kredite der EIB sind mit variablen Zinssätzen verzinst, die quartalsweise angepasst werden. Teilweise hat die Gesellschaft das Recht, diese Verzinsung auf eine Festsatzverzinsung umzustellen. Die Inanspruchnahme aller Fazilitäten kann in verschiedenen Währungen, einschließlich des US-\$, vorgenommen werden. Die Kredite aus den Jahren 2005 und 2006 werden mit Bankgarantien besichert. Der im Dezember 2009 abgeschlossene Kredit wird

von Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und FMC D-GmbH garantiert. Alle Kredite enthalten übliche Auflagen und Verpflichtungen.

Die Gesellschaft hatte am 31. Dezember 2009 aus diesen Fazilitäten Darlehen in Höhe von TUS-\$ 83.806 (T€ 64.968) und T€ 90.000 in Anspruch genommen, die in den Jahren 2013 und 2014 zurückzuzahlen sind. Diese Kredite wurden zum 31. Dezember 2009 mit 0,384 % bzw. 0,695 % p. a. verzinst.

Zusätzlich sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auch Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen in Höhe von T€ 200.000 enthalten. Diese vorrangigen unbesicherten Schuldscheindarlehen wurden von der Gesellschaft im April 2009 begeben. Sie werden von Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und FMC D-GmbH garantiert. Die Schuldscheindarlehen bestehen aus vier Tranchen mit Laufzeiten von 3,5 und 5,5 Jahren. Die Erlöse aus der Begebung wurden zur Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen verwendet.

14. Haftungsverhältnisse

	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen (davon zugunsten von verbundenen Unternehmen)	3.130.971 (3.130.666)	3.334.127 (3.333.670)

Am 31. März 2006 wurde die Gesellschaft Vertragspartner in einer neuen syndizierten Bankkreditvereinbarung („Kreditvereinbarung 2006“) mit der Bank of America, N.A., Deutsche Bank AG (Zweigniederlassung New York), The Bank of Nova Scotia, Credit Suisse (Zweigniederlassung Cayman Islands), JP Morgan Chase Bank (Landesgesellschaft USA) und weiteren Darlehensgebern (kollektiv die „Gläubiger“), in der die Gläubiger FMC-AG & Co. KGaA und bestimmten Tochtergesellschaften drei Kreditfazilitäten in einer Gesamthöhe von bis zu TUS-\$ 4.600.000 bereitstellen.

Im Juli 2007 erfolgten freiwillige vorzeitige Teilrückzahlungen in Höhe von insgesamt TUS-\$ 300.000. Damit wurde der zur Verfügung stehende Kreditrahmen reduziert. Ab dem 30. September 2008 erfolgten weitere planmäßige Tilgungen, die zu einer Reduzierung des Kreditrahmens auf TUS-\$ 3.927.326 führten.

Der Kredit valutiert zum 31. Dezember 2009 mit TUS-\$ 3.619.327. Davon entfallen TUS-\$ 97.287 auf Stand-by Letters of Credit und TUS-\$ 3.522.040 auf in der Bilanz des Konzernabschlusses auszuweisende Verbindlichkeiten.

Die Verpflichtungen aus der Kreditvereinbarung 2006 werden von FMC-AG & Co. KGaA und einigen ihrer wichtigsten Tochtergesellschaften, einschließlich der FMC D-GmbH, garantiert.

Im Zusammenhang mit der Kreditvereinbarung 2006 ist die FMC-AG & Co. KGaA marktübliche Verpflichtungen eingegangen. Weiterhin sind bestimmte Zahlungen der Gesellschaft, insbesondere Dividendenausschüttungen, limitiert.

Darüber hinaus garantieren die FMC-AG & Co. KGaA und einige ihrer wichtigsten Tochtergesellschaften, einschließlich der FMC D-GmbH, die Verpflichtungen des FMC Capital Trust IV aus der Begebung so genannter Trust Preferred Securities mit einem Nominalvolumen von TUS-\$ 225.000. Bei den Trust Preferred Securities handelt es sich um Wertpapiere, die

einen Anspruch auf eine feste Verzinsung gewähren und die bezogen auf das Vermögen des jeweiligen Trusts Eigenkapitalcharakter haben.

Die FMC-AG & Co. KGaA garantiert zusammen mit ihren beiden Tochtergesellschaften Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und FMC D-GmbH außerdem die Verpflichtungen aus einer vorrangigen Anleihe der FMC Finance III S.A., Luxemburg. Diese Anleihe mit einem Nominalvolumen von TUS-\$ 500.000 und einer Laufzeit von 10 Jahren wurde am 2. Juli 2007 begeben.

Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

15. Beteiligungsergebnis

	2009	2008
	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen)	17.340 (17.251)	12.258 (12.194)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (davon aus verbundenen Unternehmen) (davon sonstige betriebliche Erträge aus Steuerumlagen)	267.464 (267.464) (61.498)	317.632 (317.632) (53.622)
Aufwendungen aus Verlustübernahme (davon aus verbundenen Unternehmen)	0	-1.187 (-1.187)
Summe	284.804	328.703

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen betreffen im Geschäftsjahr ausschließlich die FMC Beteiligungsgesellschaft.

Im Vorjahr enthielten die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen auch Erträge aus Gewinnabführung mit der FMC D-GmbH, die im Geschäftsjahr 2009 ihren Gewinn an die FMC Beteiligungsgesellschaft abgeführt hat.

16. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen vor allem Kursgewinne aus Fremdwährung. Diesen stehen unter Berücksichtigung von Einmaleffekten in Höhe von T€ 11.594 Kursverluste aus Fremdwährung in vergleichbarer Höhe gegenüber, welche in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten sind.

Im Vorjahr enthielten die sonstigen betrieblichen Erträge einen Erlös in Höhe von T€ 11.424 aus der Zuschreibung und anschließenden Veräußerung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen in Brasilien, die an ein Tochterunternehmen verkauft wurde, sowie Erträge aus der Zuschreibung von Ausleihungen an FMC Mexico, FMC Argentinien und Pontormo in Höhe von insgesamt T€ 985, welche in Vorjahren außerplanmäßig abgeschrieben wurden.

17. Personalaufwand

	2009	2008
	T€	T€
Löhne und Gehälter	7.547	6.389
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung)	1.230 (370)	1.122 (345)
Summe	8.777	7.511

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt
(durchschnittlich vollzeitbeschäftigt)

	2009	2008
Angestellte	80	74

18. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen vor allem Kursverluste aus Fremdwährung. Unter Berücksichtigung von Einmaleffekten in Höhe von T€ 11.594 stehen den Kursverlusten entsprechende Kursgewinne aus Fremdwährung in vergleichbarer Höhe gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind.

Außerdem beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen Aufwendungen für Beratungskosten sowie Weiterbelastungen der FMC Management AG für die Kosten, die ihr für die Führung der Geschäfte der FMC-AG & Co. KGaA entstanden sind.

19. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Im Geschäftsjahr 2009 fielen Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von T€ 4.133 an.

Im Vorjahr beinhalteten die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens mit verbundenen Unternehmen periodenfremde Zinserträge in Höhe von T€ 6.300 aus der Verzinsung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen in Brasilien für den Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2007. Diese Ausleihung war in den Geschäftsjahren bis einschließlich 2007 auf Grund eines ausgewiesenen Bilanzverlustes unverzinslich. Durch das Eintreten des Besserungsfalles bei dieser Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2008 die Verzinsung rückwirkend vorgenommen.

Außerdem beinhalteten im Vorjahr die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens mit verbundenen Unternehmen Zinserträge aus der Verzinsung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen, welche im Geschäftsjahr 2009 in eine kurzfristige Darlehensforderung gegen verbundene Unternehmen umgewandelt wurde.

20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge beinhalten unter anderem Zinserträge auf Steuern in Höhe von T€ 21.043 im Zusammenhang mit einem laufenden Rechtsmittelverfahren.

Zusätzlich beinhalten die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge Zinserträge aus Zinsswaps in Höhe von T€ 66.798, welche die Gesellschaft im Rahmen eines Sicherungsgeschäftes mit einer Tochtergesellschaft abgeschlossen hat. Diesen Zinserträgen stehen Zinsaufwendungen aus Sicherungsgeschäften mit Banken gegenüber, welche die Erträge im Wesentlichen ausgleichen.

21. Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die Anteile an einem verbundenen Unternehmen in Japan und an einer Beteiligung in Saudi-Arabien wurden insgesamt um T€ 5.098 außerplanmäßig abgeschrieben.

Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr 2009 die Ausleihungen an Pontormo und FMC Mexico um T€ 283 außerplanmäßig abgeschrieben.

In Höhe von T€ 789 wurden die Anschaffungsnebenkosten der FMC Capital Trusts planmäßig abgeschrieben.

22. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen beinhalten zum Teil Zinsaufwendungen aus Zinsswaps mit Banken. Diesen Zinsaufwendungen stehen Zinserträge aus internen Zinsswaps mit einer Tochtergesellschaft gegenüber, welche die Aufwendungen im Wesentlichen ausgleichen. Im Übrigen beinhalten die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen Zinsaufwendungen mit Banken sowie mit verbundenen Unternehmen.

23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2009	2008
	T€	T€
Körperschaftsteuer	47.668	25.226
Solidaritätszuschlag	930	1.169
Gewerbeertragsteuer	26.540	29.057
Summe	75.138	55.452
(davon periodenfremde Steuern)	(28.173)	(8.179)

Seit dem 1. Oktober 2006 ist die Gesellschaft umsatzsteuerlicher Organträger für deutsche Tochtergesellschaften. Zwischen der FMC-AG & Co. KGaA und der FMC Beteiligungsgesellschaft besteht eine gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaft. Darüber hinaus bestehen mit unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften der FMC Beteiligungsgesellschaft ebenfalls gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaften.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entsprechen den voraussichtlichen Verpflichtungen, die auch eine derzeit stattfindende und noch nicht abgeschlossene steuerliche Außenprüfung berücksichtigen.

Die periodenfremden Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten periodenfremden Körperschaftsteueraufwand in Höhe von T€ 11.034 im Zusammenhang mit einem laufenden Rechtsmittelverfahren.

24. Eigene Anteile

Im Laufe des Geschäftsjahres erwarb die FMC-AG & Co. KGaA eigene Stammaktien, die im Rahmen der Mitarbeitererfolgsbeteiligung an bezugsberechtigte Mitarbeiter ausgegeben wurden.

Grundlage hierfür ist eine vom Vorstand und Gesamtbetriebsrat unterschriebene Betriebsvereinbarung, wonach Mitarbeiter für 2008 eine Erfolgsbeteiligung in Höhe von € 1.585,50 brutto pro Vollzeitmitarbeiter zuzüglich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung erhalten. Ca. 2/3 der ermittelten Höhe der Erfolgsbeteiligung wurde für die Vergabe von Stammaktien verwendet. Für die Verwendung von ca. 1/3 der Erfolgsbeteiligung hatte jeder Mitarbeiter ein Wahlrecht zwischen einer Barauszahlung oder dem Bezug weiterer Stammaktien. Die Festlegung der Höhe der Erfolgsbeteiligung auf Stammaktien erfolgte am 07. Mai 2009.

Bezugsberechtigt sind alle Mitarbeiter,

- die am 31. Dezember 2008 eine ununterbrochene Betriebszugehörigkeit von mindestens drei Jahren bei der Fresenius SE, Bad Homburg v.d.H., FMC-AG & Co. KGaA, Fresenius Kabi AG, Frankfurt am Main, Fresenius ProServe GmbH, Bad Homburg v.d.H., oder deren in der Betriebsvereinbarung festgelegten Tochtergesellschaften aufweisen und sich zu diesem Zeitpunkt in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis bei der FMC-AG & Co. KGaA oder bei einer in der Betriebsvereinbarung festgelegten Tochtergesellschaft befinden, wobei die bisherige Betriebszugehörigkeit bei einem Wechsel zwischen diesen Unternehmen angerechnet wird.
- die nicht den Status eines leitenden Mitarbeiters gemäß Fresenius-Definition aufweisen.

Zum Zwecke der Mitarbeitererfolgsbeteiligung für das Geschäftsjahr 2008 wurden im Geschäftsjahr 2009 folgende Stammaktien erworben und an Mitarbeiter ausgegeben:

	Datum	Stück	Preis (in €)
Kauf	12.05.2009	112.000	29,08
Ausgabe an Mitarbeiter	11.12.2009	104.925	29,27
Verkauf an Bank	04.12.2009	7.075	36,45

25. Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung bestehender oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwartender Zins- und Währungsrisiken und im Zusammenhang mit Konzerndarlehen in fremder Währung setzt die FMC AG & Co. KGaA derivative Finanzinstrumente ein.

Zum Stichtag hatte die Gesellschaft im Wesentlichen US-\$ bzw. € Wahrungsderivate mit einem Nominalvolumen von T€ 2.139.869 und einer maximalen Laufzeit von 35 Monaten in ihrem Bestand. Davon entfallen Finanzinstrumente mit einem Nominalvolumen von T€ 601.400 auf mit Banken kontrahierte Kontrakte, denen gegenläufige Kontrakte zwischen der FMC AG & Co. KGaA und einigen Tochtergesellschaften zu gleichen Konditionen gegenüberstehen. Die Tochtergesellschaften verwenden die Kontrakte zur Sicherung ihres operativen Geschäftes gegen Währungsrisiken. Für die übrigen Wahrungsderivate mit einem im Saldo negativen beizulegenden Zeitwert von T€ -4.705 wurden zum Bilanzstichtag nach Berücksichtigung gebildeter Bewertungseinheiten sonstige Rückstellungen in Höhe von T€ 5.564 gebildet.

Des Weiteren hatte die Gesellschaft mit Banken Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von T€ 1.665.973 (TUS-\$ 2.400.000) und einem zum Stichtag negativen beizulegenden Zeitwert von T€ -73.660 (TUS-\$ -106.115) abgeschlossen, denen im Rahmen eines Sicherungsgeschäftes mit einer Tochtergesellschaft Zinsswaps mit gleichem Nominalvolumen und einem zum Stichtag positiven beizulegenden Zeitwert von T€ 82.347 (TUS-\$ 118.630) entgegenstehen.

Der beizulegende Zeitwert basiert auf dem Marktwert, zu dem ein derivatives Finanzinstrument in einer freiwilligen Transaktion zwischen unabhängigen Parteien gehandelt werden könnte, wobei Zwangsverkäufe oder Liquidationsverkaufe außer Betracht bleiben.

26. Prüfungskosten

Die FMC-AG & Co. KGaA macht von der Befreiungsvorschrift des § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB Gebrauch und verzichtet auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers. Die Gesellschaft verweist hierzu auf die Angabe im Konzernanhang ihres Konzernabschlusses, der beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht wird.

27. Vergütung des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin

Die den Vorstandsmitgliedern im Geschäftsjahr 2009 gewährten Gesamtbezüge beliefen sich auf EURO 13.193 Tsd. (2008: EURO 13.879 Tsd.), bestehend aus erfolgsunabhängigen Vergütungsleistungen (inklusive Nebenleistungen) in Höhe von insgesamt EURO 4.316 Tsd. (2008: EURO 4.160 Tsd.), erfolgsbezogenen Vergütungsleistungen (kurzfristig) in Höhe von insgesamt EURO 5.113 Tsd. (2008: EURO 4.327 Tsd.) sowie Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von insgesamt EURO 3.764 Tsd. (2008: EURO 5.392 Tsd.).

Aus dem Aktienoptionsplan 2006 wurden im Berichtsjahr 2009 insgesamt 2.585.196 Aktienoptionen zugeteilt, wovon 348.600 auf die Mitglieder des Vorstands entfielen. Der Wert der im Geschäftsjahr 2009 an die Mitglieder des Vorstands gewährten Aktienoptionen entspricht deren Zeitwert (Fair Value) zum Zeitpunkt ihrer Gewährung, somit einem Wert in Höhe von EURO 7,64 (2008: EURO 9,80) pro Aktienoption. Der Ausübungskurs für die gewährten Aktienoptionen beträgt EURO 31,97 (2008: EURO 35,49). Am Ende des Geschäftsjahres 2009 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 2.041.121 Aktienoptionen (2008: 2.159.720 Aktienoptionen).

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2009 erreichten finanziellen Ziele wurden durch die Vorstandsmitglieder ferner Ansprüche auf aktienbasierte Vergütungen mit Barausgleich im Wert von insgesamt EURO 1.103 Tsd. (2008: EURO 1.488 Tsd.) erworben. Die Anzahl der Anteile wird auf Basis aktueller Kursverhältnisse noch durch den Aufsichtsrat festgelegt.

Hinsichtlich bestehender Pensionszusagen existieren für Fresenius Medical Care zum 31.12.2009 Pensionsverpflichtungen in Höhe von EURO 3.316 Tsd. (31.12.2008: EURO 2.410 Tsd.). Die Zuführung zur Pensionsrückstellung betrug im Geschäftsjahr 2009 EURO 705 Tsd. (2008: EURO 287 Tsd.).

Frühere Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2009 keine Bezüge.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden an die Mitglieder des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG keine Darlehen oder Vorschusszahlungen auf zukünftige Vergütungsbestandteile gewährt.

Die Fresenius Medical Care Management AG hat sich verpflichtet, die Mitglieder des Vorstands von Ansprüchen, die gegen sie aufgrund ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft und deren konzernverbundenen Unternehmen erhoben werden, soweit solche Ansprüche über ihre Verantwortlichkeit nach deutschem Recht hinausgehen, im Rahmen des gesetzlich Zulässigen freizustellen. Zur Absicherung derartiger Verpflichtungen hat die Gesellschaft eine Directors & Officers Versicherung mit einem angemessenen Selbstbehalt abgeschlossen. Soweit hinsichtlich des Selbstbehalts auf Basis des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) Anpassungen vorzunehmen sind, erfolgen diese bis spätestens zum Ablauf der Übergangsfrist am 30. Juni 2010. Die Freistellung gilt für die Zeit, in der das jeweilige Mitglied des Vorstands amtiert sowie für Ansprüche in diesem Zusammenhang nach jeweiliger Beendigung der Vorstandstätigkeit.

Detaillierte und auch nach einzelnen Vorstandsmitgliedern individualisiert angegebene Informationen zu den Bestandteilen der Vorstandsvergütung, sowie zum Aktienbesitz des Vorstands legt die Fresenius Medical Care in ihrem Vergütungsbericht offen, der Bestandteil des Lageberichts ist und als Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.fmc-ag.de im Bereich Investor Relations / Corporate Governance / Erklärung zur Unternehmensführung abgerufen werden kann.

28. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA belief sich für das Geschäftsjahr 2009 auf T€ 269 und die Vergütung für den Prüfungsausschuss auf T€ 106 auf Basis der jeweils stichtagsbezogenen Währungsumrechnung im Auszahlungszeitpunkt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care Management AG und die Vergütung für deren Ausschüsse wurde gemäß § 7 der Satzung der FMC AG & Co. KGaA an die FMC-AG & Co. KGaA weiterbelastet. Im Geschäftsjahr 2009 belief sich die Vergütung des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care Management AG insgesamt auf T€ 459 und die darin enthaltene Vergütung für deren Ausschüsse insgesamt auf T€ 190 auf Basis der jeweils stichtagsbezogenen Währungsumrechnung im Auszahlungszeitpunkt.

29. Corporate Governance

Die persönlich haftende Gesellschafterin, vertreten durch den Vorstand der Fresenius Medical Care Management AG, und der Aufsichtsrat der FMC-AG & Co. KGaA haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung abgegeben. Die Gesellschaft hat die Erklärung auf ihrer Internetseite:

<http://www.fmc-ag.de/internet/fmc/fmcag/neu/de/fmcpub-de.nsf/Content/Entsprechenserklaerung>

dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

30. Gewinnverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung festzustellen und den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2009 wie folgt zu verwenden:

Zahlung einer Dividende von € 0,61 je Stammaktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital der Stammaktien in Höhe von € 295.746.635,00	€ 180.405.447,35
Zahlung einer Dividende von € 0,63 je Vorzugsaktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital der Vorzugsaktien in Höhe von € 3.884.328,00	€ 2.447.126,64
Vortrag auf neue Rechnung	<u>€ 565.738.668,20</u>
	<u>€ 748.591.242,19</u>

Hof an der Saale, 11. Februar 2010

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

Dr. B. Lipps

R. Powell

M. Brosnan

R. Fusté

Dr. E. Gatti

Dr. R. Runte

K. Wanzek

Aufsichtsrat

Dr. Gerd Krick

Vorsitzender
Königstein, Deutschland

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius SE (Vorsitzender)
Fresenius Medical Care Management AG
Vamed AG, Österreich (Vorsitzender)

Dr. Dieter Schenk

Stellvertretender Vorsitzender
Rechtsanwalt und Steuerberater
München, Deutschland

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius SE (stellvertretender Vorsitzender)
Fresenius Medical Care Management AG (stellvertretender Vorsitzender)
Gabor Shoes AG (Vorsitzender)
Greiffenberger AG (stellvertretender Vorsitzender, Vorsitzender vom 23. April 2009 bis zum 14. Juli 2009)
TOPTICA Photonics AG (Vorsitzender)

Mitglied des Verwaltungsrats der:
Else-Kröner-Fresenius-Stiftung (Vorsitzender)

Dr. Walter L. Weisman

Ehemaliger Präsident und Vorstandsvorsitzender von American
Medical International Inc.
Los Angeles, USA

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius Medical Care Management AG

Mitglied des Vorstands der:
Occidental Petroleum Corporation

Mitglied des Kuratoriums der:
California Institute of Technology („Senior Trustee“)
Los Angeles County Museum of Art („Life Trustee“)
Sundance Institute (Vorsitzender)

John Gerhard Kringel

Ehemaliger Senior Vice President der Abbott Laboratories Inc.
Durango, Colorado, USA

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius Medical Care Management AG

Natures View LLC
Alpenglow Development LLC
Justice LLC
River Walk LLC

William P. Johnston

Ehemaliger Chairman des Board of Directors der Renal Care Group, Inc.
Nashville, Tennessee, USA

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius Medical Care Management AG

The Carlyle Group (Senior Advisor)
The Hartford Mutual Funds Inc. (Mitglied des Board of Directors)
LifeCare Holdings Inc. (Mitglied des Board of Directors)
Multiplan Inc. (Mitglied des Board of Directors)
HCR-Manor Care, Inc. (Mitglied des Board of Directors)
Georgia O’Keeffe Museum (Mitglied des Board of Directors)

Professor Dr. Bernd Fahrholz

Rechtsanwalt
Frankfurt am Main, Deutschland

Mitglied des Aufsichtsrats der:
SMARTRAC N.V. (Vorsitzender)

**Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG**

Dr. Ben Lipps

Vorstandsvorsitzender
Boston, Massachusetts, USA

Mitglied des Vorstands der:
Fresenius Medical Care Holdings Inc. (Vorstandsvorsitzender), USA
Fresenius SE

Rice Powell

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Fresenius Medical Care
und Vorstandsvorsitzender von North America (seit 1. Januar 2010),
Gesamtgeschäftsführer Fresenius Medical Care Nordamerika und Chief Executive Officer
von „Renal Therapies Group (RTG)“ (bis zum 31. Dezember 2009)
Boston, Massachusetts, USA

Mitglied des Vorstands der:
Fresenius Medical Care Holdings Inc., USA

Michael Brosnan

Finanzvorstand (seit 01. Januar 2010)
Boston, Massachusetts, USA

Mitglied des Vorstands der:
Fresenius Medical Care Holdings Inc., USA

Dr. Emanuele Gatti

Vorstand für die Regionen Europa, Lateinamerika, Nahost und Afrika, verantwortlich für
die globale Strategieentwicklung (seit 1. Januar 2010)
Bad Homburg v.d.H., Deutschland

Mitglied des Vorstands der:
Fresenius Medical Care España S.A., Spanien

Mitglied des Aufsichtsrats der:
Fresenius Medical Care Magyarország Kft., Ungarn (bis zum 13. Mai 2009)
Fresenius Medical Care Dialysis Center Kft., Ungarn (bis zum 13. Mai 2009)
Fresenius Medical Care Groupe France S.A.S., Frankreich

Mitglied des Universitätsrats der:
Donau-Universität Krems, Österreich (Vorsitzender bis zum 20. August 2009)

Roberto Fusté

Vorstand für die Region Asien-Pazifik
Hongkong, China

Dr. Rainer Runte

Vorstand für Recht, Compliance, Corporate Governance und Intellectual Property
und Arbeitsdirektor für Deutschland (seit 1. Januar 2010)
Bad Homburg v.d.H., Deutschland

Mitglied des Vorstands der:

Fresenius Medical Care Holdings Inc., USA

Mitglied des Aufsichtsrats der:

Fresenius Medical Care Groupe France S.A.S., Frankreich

Fresenius Medical Care SGPS, S.A., Portugal

Fresenius Medical Care Japan, K.K., Japan

Fresenius-Kawasumi Co., Ltd., Japan

Kent Wanzek

Produktionsvorstand (seit 01. Januar 2010)

Boston, Massachusetts, USA

Mats Wahlstrom

Gesamtgeschäftsführer Fresenius Medical Care Nordamerika und Chief Executive Officer
von „Fresenius Medical Services“ (bis zum 31. Dezember 2009)

Boston, Massachusetts, USA

Lawrence A. Rosen

Finanzvorstand (bis zum 31. August 2009)

Bad Homburg v.d.H., Deutschland

Lagebericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale für das Geschäftsjahr 2009

Die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA („FMC-AG & Co. KGaA“ oder „die Gesellschaft“) verfügt über kein eigenes operatives Geschäft, sondern fungiert als Holding für 795 (Vj. 777) Tochtergesellschaften, die zusammen den weltweit größten Anbieter von Dialyseprodukten und -dienstleistungen bilden. Die folgenden Aussagen bezüglich der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage, der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung und des Ausblicks beziehen sich daher auch auf die Aktivitäten des Fresenius Medical Care Konzerns („der Konzern“), der sich in die Segmente Nordamerika und International gliedert.

Eine Aufstellung des Anteilsbesitzes der FMC-AG & Co. KGaA wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers in einer separaten Beteiligungsliste elektronisch eingereicht. Aus ihr lassen sich auch die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen entnehmen.

1. Dialysemarkt

Zum Jahresende 2009 haben etwa 2,455 Millionen Patienten mit terminalem Nierenversagen in weltweit über 145 Ländern eine Nierenersatztherapie in Form einer Dialyse oder Transplantation erhalten. Die Ursachen des Nierenversagens sind vielfältig. Wesentliche Gründe sind Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck und verschiedene Formen von Entzündungen des Nierengewebes.

Zum Jahresende 2009 lag die Zahl der Patienten, die eine Dialysebehandlung erhalten, bei 1,895 Millionen weltweit. Von diesen Patienten wurden etwa 20 % in den USA, 17 % in der Europäischen Union und 16 % in Japan behandelt. Die verbleibenden 47 % aller Dialysepatienten verteilen sich auf etwa 120 Staaten in den unterschiedlichen Regionen dieser Welt. Die Zahl der Patienten ist im Jahr 2009 weltweit um etwa 6 % gestiegen und liegt damit innerhalb der Erwartungen des Konzerns. Die Patientenzahlen entwickeln sich regional allerdings weiterhin sehr unterschiedlich: In den USA, in Japan sowie in West- und Mitteleuropa waren unterdurchschnittliche Zuwachsraten bei der Zahl der Patienten zu beobachten. In diesen Regionen ist die Prävalenz (d.h. die relative Zahl der an terminaler Niereninsuffizienz erkrankten und behandelten Menschen pro Land) bereits relativ hoch und der Zugang zu einer entsprechenden Behandlung, zumeist der Dialyse, sichergestellt. In ökonomisch schwächeren Regionen dagegen erhöhten sich die Wachstumsraten überdurchschnittlich um bis zu 10 % – ein Hinweis darauf, dass der Zugang zur Dialysebehandlung in diesen Ländern derzeit noch beschränkt ist und sich schrittweise verbessert.

Von den weltweit 1,895 Millionen Dialysepatienten Ende 2009 wurden 1,692 Millionen mittels einer Hämodialyse und etwa 203.000 mit einer Peritonealdialyse behandelt. Darüber hinaus leben etwa 560.000 Patienten mit einer Spenderniere.

Die deutliche Mehrheit der Hämodialyse-Patienten wurde im vergangenen Jahr weltweit in einem der rund 29.000 Dialysezentren behandelt. Durchschnittlich unterzogen sich somit circa 65 Patienten pro Zentrum der Hämodialyse. Je nachdem, ob die Gesundheitssysteme in den einzelnen Ländern eher staatlich oder privatwirtschaftlich organisiert sind, unterscheiden sich die Organisationsstrukturen der Zentrumsbetreiber erheblich. In den USA und in der Europäischen Union gibt es jeweils rund 5.000 Dialysekliniken. Während in den USA nur circa 1 % der Dialysekliniken vom öffentlichen Sektor betrieben wird, beträgt der Anteil in der Europäischen Union rund 61 %.

In Japan dagegen nehmen mit einem Anteil von etwa 80 % private Nephrologen die Schlüsselrolle beim Betrieb von Dialysekliniken ein. In Osteuropa wiederum ist die Zahl der Kliniken, die von Unternehmen betrieben werden, in jüngster Vergangenheit besonders deutlich gestiegen. Dies könnte darauf hinweisen, dass privatwirtschaftlich geführte Unternehmen bei der Modernisierung und Kapazitätserweiterung von Kliniken effizienter agieren können als öffentliche Träger.

Der Wert des globalen Dialysemarktes wuchs 2009 währungsbereinigt um circa 5 % auf etwa US-\$ 65 Milliarden. Der Markt für Dialyseprodukte hatte daran nach unserer Einschätzung einen Anteil von etwa US-\$ 10,5 Milliarden. Zu den wichtigsten Produkten zählen Dialysatoren, Geräte für die Hämodialyse, Konzentrate und Dialyselösungen sowie spezielle Produkte für die Peritonealdialyse. Der Marktanteil der drei größten Hersteller von Dialyseprodukten lag im Jahr 2009 weltweit unverändert bei nahezu 70 %. Allein der Konzern kam auf einen Anteil von circa 32 % und war damit Marktführer, gefolgt von Baxter und Gambro. Der Marktanteil der weiteren, mehrheitlich japanischen Anbieter für Dialyseprodukte lag jeweils im einstelligen Prozentbereich.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage des Fresenius Medical Care Konzerns nach US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen (US-GAAP)

Im Jahr 2009 konnte der Konzern den Umsatz von TUS-\$ 10.612.323 auf insgesamt TUS-\$ 11.247.477 steigern. Das entspricht einem Umsatzwachstum von 6 % (9 % währungsbereinigt) gegenüber 2008. Der organische Umsatzanstieg betrug hierbei 8 %.

Das Konzernbetriebsergebnis (Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern oder „EBIT“) stieg im Jahr 2009 um 5 % auf TUS-\$ 1.755.596 im Vergleich zu TUS-\$ 1.672.432 in 2008. Der Anstieg beruht auf einem Anstieg des Bruttoergebnisses von TUS-\$ 3.628.848 auf TUS-\$ 3.831.512. Die Bruttoergebnismarge lag in 2009 bei 34,1 % im Vergleich zu 34,2 % in 2008. Die Verringerung der Bruttoergebnismarge wurde im Wesentlichen durch gesunkene Bruttoergebnismargen in Nordamerika verursacht. Dies wurde durch einen Anstieg im Segment International teilweise ausgeglichen. Die Verringerung der Marge in Nordamerika wurde verursacht durch Preissteigerungen bei Medikamenten, gesunkene Margenbeiträge aus dem Arzneimittelgeschäft aufgrund der Einführung eines PhosLo® Generikums durch einen Wettbewerber sowie durch aufgrund kürzlich angeschaffter Computeranlagen und kürzlich installierter Mietereinbauten gestiegener Abschreibungen und durch höhere Personalkosten. Dies wurde teilweise durch gestiegene Erlössätze je Behandlung ausgeglichen. Die Verbesserung der Marge im Segment International ist auf niedrigere Produktionskosten infolge gesunkener Rohstoff- und Energiepreise, auf die positive Auswirkung einer im Geschäftsjahr 2009 vorgenommenen Anpassung der Vorräte sowie auf Größenvorteile zurückzuführen. Dies wurde zum Teil durch ungünstige Fremdwährungseffekte im Zusammenhang mit dem Bezug von Produkten aus Europa und Japan infolge der Aufwertung des Euro und des Yen gegenüber den lokalen Währungen ausgeglichen.

Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten stiegen von TUS-\$ 1.876.177 im Jahr 2008 auf TUS-\$ 1.982.106 im Jahr 2009. Die Vertriebs- und die allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent des Umsatzes sanken leicht von 17,7 % im Jahr 2008 auf 17,6 % im Jahr 2009 auf Grund niedrigerer Aufwendungen für Wertberichtigungen auf Forderungen in Prozent vom Umsatz.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten erhöhten sich von TUS-\$ 80.239 in 2008 auf TUS-\$ 93.810 in 2009. Dieser Anstieg resultiert hauptsächlich aus Aufwendungen für Forschungs- und Entwicklungsprogramme im Bereich der Hämodialysegeräte sowie bei extrakorporalen intensivmedizinischen Therapien.

Der Zinsaufwand sank um 11 % von TUS-\$ 361.553 in 2008 auf TUS-\$ 321.360 in 2009. Hauptgrund hierfür sind gesunkene kurzfristige Zinssätze.

Die Ertragsteuern erhöhten sich im Geschäftsjahr 2009 von TUS-\$ 475.702 in 2008 auf TUS-\$ 490.413 in 2009. Der effektive Steuersatz verringerte sich von 35,6 % in 2008 auf 33,7 % in 2009. Die Verringerung resultierte hauptsächlich aus den höheren, nicht steuerbaren Anteilen anderer Gesellschafter in Nordamerika.

Das Ergebnis, das auf die Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA entfällt, stieg von TUS-\$ 817.607 in 2008 um 9 % auf TUS-\$ 891.138 in 2009.

2.2. Ertragslage der FMC-AG & Co. KGaA

Die FMC-AG & Co. KGaA weist für das Geschäftsjahr 2009 einen Jahresüberschuss von T€ 159.403 (Vj. Jahresüberschuss von T€ 253.492) aus.

Das Beteiligungsergebnis sank gegenüber dem Vorjahr von T€ 328.703 auf T€ 284.804. Es setzt sich aus Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von T€ 267.464 (Vj. T€ 317.632) und Erträgen aus Beteiligungen in Höhe von T€ 17.340 (Vj. T€ 12.258) zusammen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen entfallen ausschließlich auf die FMC Beteiligungsgesellschaft, die wiederum Gewinnabführungsverträge mit der FMC D-GmbH und FMC GmbH abgeschlossen hat. Im Vorjahr führte die FMC D-GmbH einen Gewinn in Höhe von T€ 293.901 auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages an die FMC-AG & Co. KGaA ab, welcher mit Ablauf des Geschäftsjahres 2008 gekündigt wurde. Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein neuer Gewinnabführungsvertrag zwischen der FMC Beteiligungsgesellschaft und der FMC D-GmbH abgeschlossen. Zusätzlich erfolgte im Geschäftsjahr 2009 die Ausgliederung des deutschen Vertriebsgeschäftes von der FMC D-GmbH in die neu gegründete FMC GmbH, die wiederum einen Gewinnabführungsvertrag mit der FMC Beteiligungsgesellschaft abgeschlossen hat.

Auf Grund der oben beschriebenen Entwicklung konnte die FMC Beteiligungsgesellschaft in 2009 einen Gewinn in Höhe von T€ 267.460 (Vj. T€ 17.785) abführen. Dieser resultiert neben Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen mit der FMC D-GmbH (T€ 197.076), der FMC GmbH (T€ 35.262) und vier weiteren Gesellschaften, ebenso aus Erträgen aus Beteiligungen und aus Erträgen aus Zuschreibung auf Anteile an einem verbundenen Unternehmen in Japan, welche in Summe durch Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Argentinien und den Niederlanden gemindert wurden. In 2008 ist der Gewinn der FMC Beteiligungsgesellschaft hauptsächlich im Zusammenhang mit Erträgen aus Beteiligungen und Erträgen aus Zuschreibung auf Anteile an einem verbundenen Unternehmen in Österreich entstanden, welche in Summe durch Abschreibungen auf Anteile an zwei verbundenen Unternehmen in Japan gemindert wurden.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge auf T€ 54.419 (Vj. T€ 74.859) beruht auf verminderten Kursgewinnen aus Fremdwährung im Geschäftsjahr 2009. Unter Berücksichtigung von Einmaleffekten in Höhe von T€ 11.594 stehen den Kursgewinnen Kursverluste in vergleichbarer Höhe gegenüber. Im Vorjahr enthielten die sonstigen betrieblichen Erträge außerdem einen Ertrag aus der Zuschreibung und anschließenden Veräußerung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen in Brasilien.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich von T€ 83.570 in 2008 auf T€ 89.217 in 2009. In diesen Aufwendungen sind Kursverluste aus Fremdwährung enthalten, denen unter Berücksichtigung von Einmaleffekten in Höhe von T€ 11.594 Kursgewinne in vergleichbarer Höhe gegenüberstehen, welche in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten sind.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von T€ 6.170 (Vj. T€ 816) vorgenommen. Dabei handelt es sich um außerplanmäßige Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Japan und Anteile an einer Beteiligung in Saudi-Arabien sowie auf Ausleihungen an der Pontormo und FMC Mexico. Außerdem wurden die aktivierten Anschaffungsnebenkosten der FMC Capital Trusts planmäßig abgeschrieben.

Im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens von T€ 18.914 in 2008 auf T€ 4.133 in 2009. Dieser Rückgang ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr periodenfremde Zinserträge in Höhe von T€ 6.300 aus der nachträglichen Verzinsung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen in Brasilien für den Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2007 in den Erträgen enthalten waren. Diese Ausleihung war bis zum Eintreten des Besserungsfalles der brasilianischen Gesellschaft in 2008 unverzinslich. Außerdem beinhalteten im Vorjahr die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens mit verbundenen Unternehmen Zinserträge aus der Verzinsung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen, welche im Geschäftsjahr 2009 in eine kurzfristige Darlehensforderung gegen verbundene Unternehmen umgewandelt wurde.

Der Anstieg der sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge um T€ 50.015 auf T€ 114.036 entfällt unter anderem auf Zinserträge auf Steuern in Höhe von T€ 21.043 im Zusammenhang mit einem laufenden Rechtsmittelverfahren und auf Zinserträge aus Zinsswaps mit einem Tochterunternehmen. Diesen Zinserträgen stehen Zinsaufwendungen in vergleichbarer Höhe aus Zinsswaps mit Banken gegenüber. Im Wesentlichen erhöhten sich auf Grund dessen die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von T€ 85.474 in 2008 auf T€ 118.207 in 2009.

Auf Grund der zuvor beschriebenen Entwicklungen reduzierte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr von T€ 308.960 in 2008 auf T€ 234.756 in 2009.

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von T€ 55.452 in 2008 auf T€ 75.138 in 2009 resultiert unter anderem aus einem periodenfremden Körperschaftsteuer-aufwand in Höhe von T€ 11.034 im Zusammenhang mit einem laufenden Rechtsmittelverfahren.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung festzustellen und insgesamt einen Betrag von T€ 182.853 aus dem Bilanzgewinn auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende von € 0,61 je Stammaktie und € 0,63 je Vorzugsaktie.

2.3 Vermögenslage der FMC-AG & Co. KGaA

Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum Vorjahr um T€ 77.614 auf T€ 4.275.597 zum 31. Dezember 2009.

Der Buchwert der Finanzanlagen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 153.345 auf T€ 2.940.934 reduziert. Diese Minderung beruht im Wesentlichen auf der Umwandlung einer Ausleihung an ein Tochterunternehmen in eine kurzfristige Darlehensforderung gegen verbundene Unternehmen in Höhe von T€ 153.388. Die Anteile an verbundenen Unternehmen erhöhten sich um T€ 7.308 gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultiert überwiegend aus Bar- und Sachkapitalerhöhungen bei einzelnen Tochtergesellschaften, aus der Neugründung von Gesellschaften vermindert um eine Kapitalherabsetzung und die Liquidation von Gesellschaften, sowie durch außerplanmäßige Abschreibungen auf verbundene Unternehmen. Außerdem hat die FMC-AG & Co. KGaA im Geschäftsjahr 2009 sämtliche von ihr gehaltenen Anteile an acht internationalen Beteiligungen in die FMC Beteiligungsgesellschaft im Wege der Kapitalerhöhung durch Sacheinlage zu Buchwerten in Höhe von T€ 116.352 eingelegt. Die Höhe der Finanzanlagen hat sich durch diesen Vorgang nicht verändert.

Der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen auf T€ 1.265.365 (Vj. T€ 1.064.565) resultiert im Wesentlichen aus der Umwandlung einer Ausleihung an ein Tochterunternehmen in eine kurzfristige Darlehensforderung gegen verbundene Unternehmen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen veranlagter, jedoch angefochtener Steuerbescheide bzw. angepasster Steuererklärungen sowie Gewerbesteuerforderungen für Vorjahre und das Berichtsjahr 2009 inklusive den daraus resultierenden Zinsen auf Steuern. Hauptsächlich neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit diesen Positionen führten zu einer Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände um T€ 30.443 auf T€ 68.014.

2.4. Finanzlage der FMC-AG & Co. KGaA

Das Eigenkapital hat im Vergleich zum Vorjahr um T€ 31.322 (rund 1 %) zugenommen. Der Anstieg beruht überwiegend auf dem laufenden Jahresüberschuss und beinhaltet darüber hinaus Zuflüsse aus der Ausgabe von neuen Stammaktien und Vorzugsaktien aus den derzeit bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen in Höhe von T€ 44.686. Gegenläufig auf den Anstieg des Eigenkapitals wirkt sich die Ausschüttung der Dividende in 2009 aus. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2009 unverändert rd. 64 %.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Rückstellungen um T€ 45.453 auf T€ 77.654 (Vj. T€ 32.201). Der Anstieg ist hauptsächlich durch die Vorsorge für die noch nicht abgeschlossene steuerliche Außenprüfung verursacht.

Im April 2009 hat die Gesellschaft Euro-Schuldscheindarlehen in Höhe von T€ 200.000 begeben. Diese wurden dazu verwendet, das Konzerndarlehen gegenüber einem verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 200.000 zurückzuführen. Dies war der wesentliche Grund für die Minderung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von T€ 879.032 in 2008 auf T€ 626.280 in 2009.

Die FMC-AG & Co. KGaA ist als Konzernobergesellschaft in die Finanzierung des Konzerns eng eingebunden. Die Gesellschaft verfügt neben den unten erläuterten Darlehen aus einer vorrangigen Bankkreditvereinbarung sowie den verschiedenen langfristigen Kreditvereinbarungen mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) und Schuldscheindarlehen auch über Darlehen von verbundenen Unternehmen.

Die Finanzierung des Konzerns erfolgt im Wesentlichen über eine vorrangige Bankkreditvereinbarung, die Ausgabe von genussscheinähnlichen Wertpapieren („Trust Preferred Securities“) über zwei Fresenius Medical Care Capital Trusts, die Ausgabe einer vorrangigen Anleihe der FMC Finance III S.A., Luxemburg, sowie Euro-Schuldscheindarlehen.

Am 31. März 2006 wurde die Gesellschaft Vertragspartner in einer syndizierten Bankkreditvereinbarung („Kreditvereinbarung 2006“) mit der Bank of America, N.A., Deutsche Bank AG (Zweigniederlassung New York), The Bank of Nova Scotia, Credit Suisse (Zweigniederlassung Cayman Islands), JP Morgan Chase Bank (Landesgesellschaft USA) und weiteren Darlehensgebern (kollektiv die „Gläubiger“), in der die Gläubiger der FMC-AG & Co. KGaA und bestimmten Tochtergesellschaften drei Kreditfazilitäten in einer Gesamthöhe von bis zu TUS-\$ 4.600.000 bereitstellen. Der gesamte Kreditrahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2009 nach erfolgten planmäßigen und vorzeitigen Teilrückzahlungen in 2007, 2008 und 2009 auf insgesamt TUS-\$ 3.927.326.

Die Kreditvereinbarung 2006 besteht aus folgenden Fazilitäten:

- eine revolvingende Kreditfazilität mit einer fünfjährigen Laufzeit in Höhe von TUS-\$ 1.000.000, die am 31. März 2011 zur Rückzahlung fällig wird.
- ein Darlehen („Term loan A“) mit einer fünfjährigen Laufzeit in Höhe von TUS-\$ 1.850.000, das ebenfalls am 31. März 2011 zurückzuzahlen ist. In der Kreditvereinbarung 2006 sind 19 vierteljährliche Tilgungszahlungen in Höhe von TUS-\$ 30.000 vorgesehen, die das Darlehen schrittweise, beginnend am 30. Juni 2006, bis zum 31. Dezember 2010, reduzieren. Auf Grund vorzeitiger Tilgungen hatten sich die Tilgungszahlungen von TUS-\$ 30.000 auf TUS-\$ 29.430 reduziert. Der Restbetrag ist am 31. März 2011 fällig.
- ein Darlehen („Term loan B“) mit einer siebenjährigen Laufzeit in Höhe von TUS-\$ 1.750.000, das am 31. März 2013 zurückzuzahlen ist. Gemäß den Bedingungen der Kreditvereinbarung 2006 erfolgen 28 vierteljährliche Tilgungszahlungen, die das Darlehen schrittweise, beginnend am 30. Juni 2006, reduzieren. Die ersten 24 vierteljährlichen Rückzahlungen entsprechen jeweils 0,25 % des ursprünglichen Darlehensbetrages. Die Zahlungen 25-28 entsprechen jeweils 23,5 % des ursprünglichen Darlehensbetrages. Die letzte Rückzahlung, fällig am 31. März 2013, muss bereits am 1. März 2011 erfolgen, falls die Trust Preferred Securities, die am 15. Juni 2011 fällig sind, bis zu diesem Zeitpunkt weder zurückgezahlt noch refinanziert sind oder falls deren Laufzeit nicht verlängert worden ist.

In Abhängigkeit von der gewählten Zinsperiode kann die Gesellschaft zwischen folgenden Zinsvarianten entscheiden: Entweder sie zahlt Zinsen auf Basis LIBOR zuzüglich einer bestimmten Marge oder auf Basis des höheren Wertes aus (1) der Prime Rate der Bank of America oder (2) der um 0,5 % erhöhten Federal Funds Rate zuzüglich einer bestimmten Marge. Die jeweilige Marge ist variabel und hängt vom Verschuldungsgrad der Gesellschaft ab. Dieser wird gemäß den Festlegungen in der Kreditvereinbarung 2006 als Quotient aus Finanzverbindlichkeiten (abzüglich bis zu TUS-\$ 30.000 flüssige Mittel) und EBITDA (Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen gemäß Definition der Kreditvereinbarung 2006) ermittelt.

Die Kreditvereinbarung 2006 valuiert zum 31. Dezember 2009 mit TUS-\$ 3.619.327. Davon entfallen TUS-\$ 97.287 auf Stand-by Letters of Credit und TUS-\$ 3.522.040 auf in der Bilanz des Konzernabschlusses auszuweisende Verbindlichkeiten. Davon weist die Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 eine Verbindlichkeit in Höhe von T€ 485.240 (TUS-\$ 245.000 und T€ 220.000) aus.

Bei den Fresenius Medical Care Capital Trusts handelt es sich um entsprechend den Gesetzen des Staates Delaware/USA geregelte Trusts. Sie haben Trust Preferred Securities mit einem Gesamtvolumen von TUS-\$ 225.000 und T€ 300.000 ausgegeben. Die Trust Preferred Securities berechtigen den Inhaber zu einer Ausschüttung in Höhe eines festen jährlichen Prozentsatzes auf den Nominalbetrag der Wertpapiere und sind nach 10 Jahren zurückzuzahlen. Die FMC-AG & Co. KGaA hält 100 % am Stammkapital dieser Trusts. Das Vermögen der Trusts besteht ausschließlich aus Forderungen aus nachrangigen Schuldverschreibungen, die die FMC-AG & Co. KGaA oder eine ihrer 100 %igen Tochtergesellschaften begeben haben, von denen zum 31. Dezember 2009 T€ 300.300 in der Bilanz der Gesellschaft enthalten sind.

Im Juli 2007 hat die FMC Finance III S.A., Luxemburg, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der FMC-AG & Co. KGaA, darüber hinaus eine vorrangige Anleihe in Höhe von TUS-\$ 500.000 mit einer Laufzeit bis 2017 und einem Coupon von 6 7/8 % emittiert. Die Anleihe wird durch die Gesellschaften FMC-AG & Co. KGaA, Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und Fresenius Medical Care Deutschland GmbH gesamtschuldnerisch garantiert.

Im Juli 2005, im Dezember 2006 und im Dezember 2009 hat die FMC-AG & Co. KGaA verschiedene Kreditvereinbarungen mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) abgeschlos-

sen. Insgesamt stehen der Gesellschaft aus diesen Vereinbarungen Kreditfazilitäten in Höhe von T€ 271.000 zur Verfügung. Die Gesellschaft nutzt sie zur Refinanzierung bestimmter Forschungs- und Entwicklungsprojekte, zur Investition in die Ausweitung und Optimierung bestehender Produktionsstätten und zur Finanzierung von Modernisierungsprojekten für Dialysekliniken.

Am 31. Dezember 2009 hat die Gesellschaft aus diesen Fazilitäten Darlehen in Höhe von TUS-\$ 83.806 (T€ 64.968) und T€ 90.000 in Anspruch genommen, die in den Jahren 2013 und 2014 zurückzuzahlen sind. Die Kredite der EIB sind mit variablen Zinssätzen verzinst, die quartalsweise angepasst werden. Teilweise hat die Gesellschaft das Recht, diese Verzinsung auf eine Festsatzverzinsung umzustellen. Die Kredite aus den Jahren 2005 und 2006 werden mit Bankgarantien besichert. Der im Dezember 2009 abgeschlossene Kredit wird von Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und Fresenius Medical Care Deutschland GmbH garantiert. Alle Kredite der EIB enthalten übliche Auflagen und Verpflichtungen.

Im April 2009 hat die Gesellschaft Euro-Schuldscheindarlehen in Höhe von T€ 200.000 begeben. Die Begebung erfolgte zum Zweck der Refinanzierung der im Juli 2009 fälligen Schuldscheindarlehen der FMC Finance IV, Luxemburg, in gleicher Höhe. Diese vorrangigen unbesicherten Schuldscheindarlehen werden von Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und FMC D-GmbH garantiert. Die Schuldscheindarlehen bestehen aus vier Tranchen mit Laufzeiten von 3,5 und 5,5 Jahren sowie fest- und variabelverzinslichen Tranchen.

2.5 Kapitalien, Aktionäre, Satzungsbestimmungen

Das Grundkapital der Gesellschaft setzt sich zum 31. Dezember 2009 wie folgt zusammen:

	Anzahl Aktien (Stück)	Gezeichnetes Kapital (T€)	Anteil am gezeichneten Kapital
Stammaktien* / -kapital	295.746.635	295.747	98,7 %
Vorzugsaktien / -kapital	3.884.328	3.884	1,3 %
Gesamt	299.630.963	299.631	100,0 %

(*) Darin enthalten sind 104.925 (Vj. 80.863) Stammaktien mit rechnerischem Wert in Höhe von € 104.925 (Vj. € 80.863), die in 2009 im Rahmen einer Betriebsvereinbarung an Mitarbeiter von Fresenius Medical Care ausgegeben wurden. Diese Stammaktien unterliegen einer zweijährigen Bindungsfrist.

Die Aktien der Gesellschaft sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber. Die Rechte der Aktionäre regeln das Aktiengesetz und die Satzung der Gesellschaft. Nach dem Aktiengesetz gewährt jede Stammaktie in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Vorzugsaktien haben kein Stimmrecht, soweit nicht zwingende Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmen. Als Ausgleich erhalten Inhaber von Vorzugsaktien aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um € 0,02 je Vorzugsaktie höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von € 0,04 je Vorzugsaktie. Die Mindestdividende in Höhe von € 0,04 je Vorzugsaktie geht der Verteilung einer Dividende auf die Stammaktien vor.

Die Geschäftsführung und die Vertretung der Gesellschaft obliegen der persönlich haftenden Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG. Sie ist weder am Gewinn und Verlust noch am Vermögen der Gesellschaft beteiligt. Ihre Geschäftsführungsbefugnis umfasst auch außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen. Das Zustimmungsrecht der Aktionäre zu solchen Maßnahmen ist ausgeschlossen. Gegenüber der persönlich haftenden Gesellschafterin wird die Gesellschaft durch den Aufsichtsrat vertreten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin scheidet aus der Gesellschaft aus, sobald nicht mehr alle Aktien an ihr unmittelbar oder mittelbar von einer Person gehalten werden, die unmittelbar oder mittelbar über ein nach § 17 (1) AktG abhängiges Unternehmen mehr als

25 % des Grundkapitals der Gesellschaft hält. Dies gilt nicht, wenn alle Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin unmittelbar oder mittelbar von der Gesellschaft gehalten werden. Zudem scheidet die persönlich haftende Gesellschafterin aus der Gesellschaft aus, wenn die Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin von einer Person erworben werden, die

- nicht gleichzeitig Aktien an der Gesellschaft in Höhe von mehr als 25 % des Grundkapitals der Gesellschaft erwirbt oder
- nicht innerhalb von drei Monaten nach Wirksamwerden dieses Erwerbs ein Übernahme- oder Pflichtangebot gemäß den Regelungen des Wertpapierübernahmegesetzes (WpÜG) an die Aktionäre der Gesellschaft gerichtet hat; die den Aktionären hierin angebotene angemessene Gegenleistung muss auch die von dem Erwerber für die Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin gezahlte Gegenleistung berücksichtigen, sofern diese über den Betrag des Eigenkapitals der persönlich haftenden Gesellschafterin hinausgeht.

Die übrigen gesetzlichen Ausscheidensgründe für die persönlich haftende Gesellschafterin bleiben unberührt.

Die in Bad Homburg v.d.H. ansässige Fresenius SE hält zum 31. Dezember 2009 106.603.026 Stammaktien der Gesellschaft und damit einen Anteil von 36,05 % am stimmberechtigten Kapital der Gesellschaft.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG. Änderungen in der Satzung erfolgen gemäß § 179 i.V.m. § 133 AktG. Die Satzung der Gesellschaft befugt den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu Änderungen der Satzung, welche ihre Fassung betreffen, ohne dass es eines Beschlusses der Hauptversammlung bedarf.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft gemäß den von der Hauptversammlung beschlossenen genehmigten Kapitalien wie folgt zu erhöhen:

- Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals bis zum 29. August 2010 um bis zu insgesamt € 35.000.000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlagen (Genehmigtes Kapital I).
- Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals bis zum 29. August 2010 um bis zu insgesamt € 25.000.000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen (Genehmigtes Kapital II).

In beiden Fällen ist die persönlich haftende Gesellschafterin mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter bestimmten Umständen ermächtigt, über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden.

Ferner bestehen folgende bedingte Kapitalien:

- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 3.057 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Mitarbeiterbeteiligungsprogramm nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 24. September 1996 Wandelschuldverschreibungen auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber dieser Wandelschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.
- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 2.311 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsprogramm nach Maßgabe der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 10. Juni 1998 und vom 30. Mai 2000 Be-

zugsrechte auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen.

- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 6.350 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Internationalen Mitarbeiterbeteiligungsprogramm nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 Wandelschuldverschreibungen auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber dieser Wandelschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.
- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 14.444 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsprogramm 2006 nach Maßgabe der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 9. Mai 2006 und vom 15. Mai 2007 Bezugsrechte ausgegeben wurden, die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt, wobei für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig ist.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, betreffen einige langfristige Finanzierungsverträge der Gesellschaft. Darin sind marktübliche Change of Control Klauseln enthalten, die den Gläubigern das Recht zur vorzeitigen Kündigung einräumen, wobei der Kontrollwechsel in einigen Fällen mit einer Herabstufung des Ratings der Gesellschaft verbunden sein muss.

3. Risiken der zukünftigen Entwicklung

3.1 Risikomanagement

Als weltweit tätiges Unternehmen ist der Konzern einer Vielzahl unterschiedlicher Risiken ausgesetzt, die direkt mit aktivem unternehmerischem Handeln verknüpft sind. Die Bereitschaft, Risiken einzugehen, ist eine Voraussetzung dafür, Chancen nutzen zu können. Als Anbieter lebenserhaltender Produkte und Dienstleistungen für kranke Menschen ist der Konzern Konjunkturzyklen nur in geringem Maß unterworfen. Hierin unterscheidet sich der Konzern beispielsweise von Konsumgüterherstellern. Gleichzeitig bilden seine technologische Erfahrung und seine umfangreiche Marktkenntnis eine solide Basis, um Risiken so frühzeitig und so sicher wie möglich einzuschätzen.

Risikomanagement versteht der Konzern dabei als die fortwährende Aufgabe, das Spektrum möglicher und tatsächlicher Entwicklungen zu erfassen, zu analysieren, zu bewerten und – wenn möglich – in korrigierende Maßnahmen umzusetzen. Sein weit reichendes Risikomanagementsystem, dessen Grundsätze in konzernweiten Richtlinien festgeschrieben sind, ist damit ein wichtiger Bestandteil der Steuerung des Konzerns. Es ermöglicht seinem Management, Risiken, die das Wachstum oder das Fortbestehen des Konzerns gefährden könnten, bereits im Anfangsstadium zu identifizieren und ihre Auswirkungen soweit wie möglich zu minimieren.

3.1.1 Risikomanagementsystem

Das im Rahmen des Integrierten Managementsystems etablierte Risikomanagement basiert sowohl auf einem konzernweiten Controlling als auch auf einem internen Überwachungssystem. Die in den einzelnen Regionen etablierten Überwachungssysteme bilden das Rückgrat des Risikomanagements zur Steuerung der branchen- und marktinhärenten Risiken. Zweimal im Jahr werden dem Vorstand von den verantwortlichen Risikomanagern Statusberichte vorgelegt. Diese enthalten qualitative und quantitative Einschätzungen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe der identifizierten Risiken, die den Konzern gefährden könnten. Im Fall von neu erkannten Risiken wird der Vorstand zudem direkt und umgehend informiert.

Die Grundlage für die Steuerung, die Kontrolle und das zeitnahe Ergreifen von Maßnahmen der Risikovorsorge ist ein effizientes Berichtswesen. Daher wird das Management des Konzerns monatlich und quartalsweise über die Branchensituation, das operative und nicht operative Geschäft sowie über Analysen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage informiert.

Das Risikomanagement sowie die Befassung mit dem Statusbericht sind darüber hinaus regelmäßiger Bestandteil der Sitzungen des Prüfungs- und Corporate- Governance- Ausschusses des Aufsichtsrats.

Das Risikomanagementsystem wird durch die interne Revisionsabteilung gestärkt. Die Abteilung arbeitet unter Einhaltung der Institute of Internal Auditors (IIA) Standards und ist unabhängig von den Regionen. Die jährliche Auswahl der durchzuführenden weltweiten Revisionen erfolgt unter Anwendung eines Auswahlmodells, in dem verschiedene Risiken berücksichtigt werden. Der Revisionsplan wird vom Vorstand geprüft und abschließend vom Prüfungs- und Corporate- Governance- Ausschuss des Aufsichtsrats genehmigt. Dieser Plan umfasst Bilanzprüfungen einzelner Einheiten, aber auch ganzheitliche Revisionen aller Geschäftsprozesse eines Tochterunternehmens oder einer Geschäftseinheit. Die Prüfungsberichte werden dem Vorstand vorgelegt. Zu den Aufgaben der Revision gehört auch die Überwachung der Umsetzung der in den Berichten dokumentierten Maßnahmen. Der Vorstand wird regelmäßig über den Umsetzungsfortschritt informiert. Darüber hinaus wird dem Prüfungs- und Corporate- Governance- Ausschuss des Aufsichtsrats über die Ergebnisse Auskunft erteilt. Im Geschäftsjahr 2009 wurden insgesamt 34 Prüfungen durchgeführt.

Der Konzern hat Umfang und Ausrichtung der Organisation und der Systeme zur Identifikation und Bewertung von Risiken funktionsfähig eingerichtet. Mittels unternehmensspezifischer Maßnahmen ist die Entwicklung von Gegenmaßnahmen bzw. die Vermeidung von Risiken möglich. Das bestehende System ist geeignet, solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand des Konzerns gefährden können. Dennoch kann keine absolute Sicherheit gegeben werden, dass diese eine vollumfängliche Identifikation und Steuerung der Risiken ermöglichen.

3.1.2 Interne Kontrollen der Finanzberichterstattung

Die Korrektheit und Verlässlichkeit der Rechnungslegungsprozesse und der Finanzberichterstattung und damit die Erstellung eines regelkonformen Jahresabschlusses und Lageberichts wird durch eine Vielzahl von Maßnahmen und internen Kontrollen sichergestellt. Insbesondere der in der Regel vierstufige Berichtsprozess sichert eine intensive Erörterung und Kontrolle. Auf jeder Berichtsebene (lokale Einheit, Region, Unternehmensbereich, Konzern) werden die Finanzdaten und Kennzahlen erörtert und regelmäßig auf Monats- und Quartalsbasis mit den Vorjahreszahlen, den Budgetwerten und der aktuellen Hochrechnung verglichen. Zusätzlich werden alle Sachverhalte, Annahmen und Schätzungen, die eine relevante Auswirkung auf die extern berichteten Jahresabschluss- bzw. Konzern- und Segmentzahlen haben, intensiv mit den für die Erstellung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses zuständigen

Abteilungen besprochen. Quartalsweise erfolgt eine Erörterung dieser Vorgänge im Prüfungs- und Corporate- Governance- Ausschuss des Aufsichtsrats.

Das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung hat das Ziel, die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften sicherzustellen.

Dafür enthält das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung der Gesellschaft bzw. des Konzerns Richtlinien und Anweisungen, die

- (1) das Führen von Aufzeichnungen regeln, um die richtige und ordentliche Darstellung von Transaktionen zu garantieren,
- (2) das Führen von Aufzeichnungen regeln, um die Dokumentation der Veräußerung von Vermögensgegenständen in hinreichend genauem Detail zu gewährleisten,
- (3) hinreichende Sicherheit gewähren, dass die Transaktionen der Gesellschaft bzw. des Konzerns in erforderlicher Weise aufgezeichnet werden, damit auf dieser Basis der Abschluss in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen erstellt werden kann,
- (4) gewährleisten, dass die Erfassung von Erträgen und Aufwendungen nur nach Genehmigung des Managements erfolgen,
- (5) hinreichende Sicherheit bieten in Hinblick auf die Vermeidung oder die rechtzeitige Aufdeckung von unerlaubtem Erwerb sowie unerlaubter Nutzung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen des Konzerns, die eine erhebliche Auswirkung auf den Abschluss der Gesellschaft bzw. des Konzerns haben könnten.

Weitere Grundlagen, um eine zuverlässige Finanzberichterstattung und die zutreffende Erfassung von Transaktionen in der Buchhaltung sicherzustellen, bilden Kontrollmechanismen, beispielsweise systemtechnische und manuelle Abstimmungen, und die Trennung von Funktionen. Zusätzlich tragen die vom Management durchgeführten Überwachungen und Bewertungen dazu bei, dass Risiken mit direktem Einfluss auf die Finanzberichterstattung identifiziert werden und Kontrollen zur Risikominimierung eingerichtet sind. Darüber hinaus werden Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften verfolgt und die mit der Finanzberichterstattung betrauten Mitarbeiter regelmäßig und umfassend geschult.

Qualitätsmanagement- und Compliance-Programme gewährleisten durch schriftlich festgelegte Richtlinien, dass die Gesellschaft bzw. der Konzern Geschäfte im Einklang mit hohen ethischen Standards führt und behördliche Vorschriften einhält.

Der Konzern bzw. die Gesellschaft hat für alle Mitarbeiter weltweit gültige Richtlinien und Verhaltensregeln entwickelt, die verbindliche Standards in der internen und externen Kommunikation darstellen. Mit diesen Unternehmensrichtlinien und dem Compliance-Programm will der Konzern eigenen Erwartungen wie auch denen der Partner entsprechen und seine Geschäftsaktivitäten an anerkannten Standards sowie lokalen Gesetzen und Verordnungen ausrichten.

Auf Grund der Notierung an der New Yorker Börse unterliegt der Konzern den Vorschriften des in den USA verabschiedeten Sarbanes-Oxley Act. Der Abschnitt 404 des Sarbanes-Oxley Act fordert, dass der Vorstand von US-börsennotierten Gesellschaften die Verantwortung für die Implementierung und Einhaltung eines adäquaten internen Kontrollsystems zur Sicherstellung einer zuverlässigen Finanzberichterstattung übernimmt.

Durch interne und externe Prüfungen wird die Rechtmäßigkeit und Effizienz der Geschäftsabläufe sowie die Effektivität des internen Kontrollsystems regelmäßig überprüft.

Als Rahmen für die Beurteilung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung dienen die Kriterien, die im COSO-Modell beschrieben sind. Das COSO-Modell basiert auf dem vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegebenen „Internal Control – Integrated Framework“. In Anlehnung an

das COSO-Modell wird das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung in fünf Ebenen eingeteilt und entsprechend bewertet. Neben dem Kontrollumfeld werden die Risiko-einschätzung, die Kontrollaktivitäten, die Informations- und Kommunikationswege sowie die Überwachung des internen Kontrollsystems dokumentiert, getestet und beurteilt. Die Kontrollen auf Unternehmensebene (Entity Level Controls) bilden dabei die Basis aller internen Kontrollen des Konzerns.

Die Prüfung des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung orientiert sich an der Richtlinie, die durch die Securities and Exchange Commission (SEC) am 23. Mai 2007 für die Bewertung des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung durch das Management veröffentlicht wurde. Die Definitionen sowie die Anforderungen aus der Richtlinie wurden bei der Implementierung der Sarbanes-Oxley Act 404 Compliance Software umgesetzt. Sie unterstützt die risikobasierte Betrachtungsweise, steigert die Effizienz des Managements interner Kontrollen, verbessert die Qualität der Daten und unterstützt das Management bei der Überwachung und Beurteilung des internen Kontrollsystems.

Regionale Projektteams koordinieren dabei die Bewertung des internen Kontrollsystems. Das Management beurteilt die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems jeweils für das laufende Geschäftsjahr. Soweit notwendig, werden externe Berater hinzugezogen. Ein Lenkungsausschuss trifft sich in regelmäßigen Abständen, um sich über Änderungen und neue Anforderungen aus dem Sarbanes-Oxley Act zu informieren, mögliche Kontrollschwächen zu diskutieren und Maßnahmen abzuleiten. Zudem überprüft der Prüfungs- und Corporate-Governance-Ausschuss des Aufsichtsrats im Rahmen seiner Sitzungen die Beurteilungen durch das Management.

Am 29. Mai 2009 ist das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) in Kraft getreten. Das Gesetz enthält eine Reihe von Bestimmungen, welche die Corporate Governance der auf den Kapitalmarkt ausgerichteten Gesellschaften weiter ausbauen und verbessern sollen. Das Management hat das Inkrafttreten des BilMoG zum Anlass genommen, die bestehenden internen Berichts- und Kontrollprozesse zu überprüfen, um diese – soweit notwendig und angemessen – weiter zu optimieren.

Das Management hat die Beurteilung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung des Konzerns zum 31. Dezember 2009 durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Evaluierung hat das Management festgestellt, dass das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung zum 31. Dezember 2009 wirksam war.

Dem internen Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung sind inhärente Grenzen auferlegt, unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist. Als Konsequenz kann nicht mit absoluter Sicherheit gewährleistet werden, dass die Ziele der Finanzberichterstattung erreicht, noch dass falsche Angaben mit absoluter Sicherheit verhindert oder aufdeckt werden. Selbst wenn das interne Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung als wirksam beurteilt wird, kann nur hinreichende Sicherheit in Hinblick auf die Aufstellung und Darstellung des Abschlusses gewahrt werden. Ebenso sind Prognosen zur Beurteilung der Wirksamkeit in künftigen Perioden mit dem Risiko behaftet, dass Kontrollen wegen geänderter Verhältnisse unzureichend werden oder sich der Grad der Einhaltung vorhandener Richtlinien und Verfahren verschlechtert.

3.2 Risikofelder

Risikofaktoren, die Auswirkungen auf die Konzerngeschäftstätigkeit und damit auf den Konzern haben, zeigen sich in folgenden Bereichen:

a) Branchenspezifische Risiken

Regulatorisches Umfeld

Sowohl die Dienstleistungen als auch die Produkte des Konzerns unterliegen in nahezu jedem Land, in dem er tätig ist, umfassender staatlicher Regulierung. Darüber hinaus hat der Konzern weitere allgemein anwendbare Rechtsvorschriften, einschließlich kartellrechtlicher Vorschriften, zu beachten. Diese von dem Konzern zu beachtenden Gesetze und Vorschriften unterscheiden sich von Land zu Land und betreffen unter anderem die folgenden Bereiche:

- die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit medizinischer und pharmazeutischer Produkte und Grundstoffe;
- den Betrieb von Produktionsanlagen, Labors und Dialysekliniken;
- den korrekten Ausweis und die Fakturierung von Erstattungen durch staatliche und private Krankenversicherer;
- die Vergütung für medizinisches Personal sowie finanzielle Vereinbarungen mit Ärzten und Einrichtungen, die Überweisungen von Patienten veranlassen.

Sollte der Konzern gegen diese zahlreichen gesundheitsrechtlichen oder sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften verstoßen, kann dies vielfältige Rechtsfolgen nach sich ziehen. Zu diesen Rechtsfolgen zählen insbesondere Straf- und Bußgelder, erhöhte Aufwendungen zur Erfüllung behördlicher Auflagen, der Ausschluss von den Erstattungsprogrammen des staatlichen Gesundheitswesens oder die vollständige oder teilweise Untersagung der Geschäftstätigkeit. Dies alles kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erheblich beeinträchtigen.

US-Bundesgesundheitsversorgungsprogramme

Im Geschäftsjahr 2009 resultierten ungefähr 33 % der weltweiten Umsätze aus Medicare- und Medicaid-Erstattungen, d.h. Erstattungen aus staatlichen Gesundheitsversorgungsprogrammen in den USA. Änderungen in der Gesetzgebung bzw. Erstattungspraxis könnten sowohl den Umfang von Medicare- und Medicaid-Erstattungen für Dienstleistungen als auch den Umfang des Versicherungsschutzes beeinflussen. Ein Rückgang der Medicare- oder Medicaid-Erstattungsraten oder der erstatteten Leistungen könnte zu einer erheblichen Reduzierung der Umsatzerlöse und des Betriebsergebnisses führen.

Erythropoietin

Erstattungen und Umsatzerlöse aus der Verabreichung von Erythropoietin („EPO“) trugen in 2009 mit ungefähr 21 % zu den Umsatzerlösen mit Dialyседienstleistungen in Nordamerika bei. Änderungen in den Richtlinien zur EPO-Erstattung oder eine geänderte Verabreichung von EPO könnten Umsatzerlöse und Betriebsergebnis erheblich beeinträchtigen. Eine Lieferunterbrechung oder schlechtere Einkaufsbedingungen für EPO könnten Umsatzerlöse und Betriebsergebnis erheblich beeinträchtigen. Vor allem die ab 1. Januar 2011 vorgeschriebene Umstellung auf ein ausgeweitetes gebündeltes Medicare-Erstattungssystem für Dialyседienstleistungen könnte Umsatzerlöse und Betriebsergebnis erheblich beeinträchtigen.

Erstattung durch Krankenversicherungen

In den USA wird ein Teil der Dialysebehandlung durch private Krankenversicherungen und so genannte Managed-Care-Organisationen erstattet. Falls es diesen Versicherungsträgern in den USA gelingt, eine Senkung der Erstattungssätze durchzusetzen, könnte dies die Umsatzerlöse für die Produkte und Dienstleistungen des Konzerns verringern.

Gesundheitsreformen

Eine Reihe von Regierungen arbeiten an Vorschlägen, das gegenwärtige System der staatlichen Gesundheitsfürsorge zu ändern, um den Zugang zur Gesundheitsfürsorge zu verbessern und deren Kosten zu kontrollieren. Für den Konzern könnte eine Umsetzung dieser Vorschläge zu deutlichen Umsatz- und Gewinneinbußen führen. Hinsichtlich der zur Zeit in den USA diskutierten zwei Gesetzesvorlagen zu wesentlichen Änderungen im Gesundheitswesen ist nicht vorhersehbar, welcher dieser Vorschläge verabschiedet wird, welche Änderungen an diesen Vorschlägen vorgenommen werden oder ob überhaupt ein Gesetz verabschiedet werden wird.

b) Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit

Wachstum

In der Gesundheitsbranche fand in den vergangenen Jahren eine erhebliche Konsolidierung statt, insbesondere in dem Bereich der Dialysedienstleistungen. Ob und inwieweit der Konzern zukünftig weitere Firmenzukäufe tätigen kann, hängt auch von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sowie den geltenden Beschränkungen der bestehenden Kreditvereinbarungen ab. Bei der Integration von Firmenzukäufen kann es zu Schwierigkeiten kommen. Des Weiteren kann der Verlust von Lizenzen, Bescheinigungen oder anderen Genehmigungen zum Betrieb von Dialysekliniken oder dem Verkauf von Produkten die Geschäftstätigkeit des Konzerns beeinträchtigen.

Wettbewerber

Sowohl im Bereich Dialysedienstleistungen als auch im Verkauf von Dialyseprodukten sind zahlreiche Wettbewerber tätig. Einige von ihnen verfügen über erhebliche Finanz-, Vermarktungs- oder Forschungs- und Entwicklungsressourcen. In der Vergangenheit waren insbesondere technologische Innovationen ein bedeutender Wettbewerbsfaktor für das Geschäft mit Dialyseprodukten. Die Einführung neuer Produkte oder die Entwicklung überlegener Technologien durch Wettbewerber könnte eines oder mehrere Produkte bzw. Dienstleistungen des Konzerns weniger wettbewerbsfähig oder sogar überflüssig machen und damit den zukünftigen Absatz, die Preise der Produkte und den Umfang der Dienstleistungen wesentlich nachteilig beeinflussen. Dies beinhaltet auch die Einführung von Generika oder patentierten Medikamenten durch Wettbewerber, da dies Auswirkungen auf die von dem Konzern vertriebenen Arzneimittel haben könnte.

Überweisungspraxis

Der Erfolg des Geschäfts mit Dialysedienstleistungen hängt davon ab, dass Patienten Dialysekliniken des Konzerns für ihre Behandlung wählen. Patienten wählen eine Dialyseklinik entweder vollständig oder teilweise auf Grundlage der Empfehlung ihres Arztes. Sofern Ärzte und andere überweisende Stellen keine Patienten mehr an Dialysekliniken des Konzerns überweisen oder aufhören, Dialyseprodukte des Konzerns zu kaufen bzw. zu verschreiben, würde dies zu Umsatzeinbußen führen.

Produkthaftung

Unternehmen in der Gesundheitsbranche sind regelmäßig Klagen wegen Sorgfaltspflichtverletzungen, Produkthaftung, Verletzung ihrer Gewährleistungspflichten, Behandlungsfehlern und anderen Ansprüchen ausgesetzt. Diese können hohe Schadensersatzforderungen und erhebliche Kosten für die Rechtsverteidigung mit sich bringen, unabhängig davon, ob letztlich ein Schadensersatzanspruch besteht. Klageverfahren können darüber hinaus dazu führen, dass Risiken dieser Art zukünftig nicht mehr zu angemessenen Bedingungen versichert werden können. Produkte aus der Gesundheitsbranche können zudem Rückrufaktionen und Patentverletzungsklagen unterliegen.

Personal

Das kontinuierliche Wachstum im Bereich der Dialyседienstleistung hängt davon ab, gut ausgebildete Mitarbeiter, beispielsweise qualifiziertes Pflegepersonal und anderes medizinisches Personal, anzuwerben und zu halten. Der Wettbewerb um solche Mitarbeiter ist intensiv und die derzeitige Knappheit an Pflegepersonal hat die Personal- und Einstellungskosten erhöht. Darüber hinaus geht der Konzern davon aus, dass der zukünftige Erfolg als Dienstleistungsanbieter erheblich von der Fähigkeit abhängt, qualifizierte Ärzte zu gewinnen und zu halten, die als medizinische Leiter in Dialysekliniken tätig sind. Sofern es dem Konzern nicht gelingt, gut ausgebildetes und fachlich versiertes medizinisches und technisches Personal und Ingenieure anzuwerben und zu halten, könnte dies die Steuerung des zukünftigen Wachstums und die Weiter- und Neuentwicklung von Technologien beeinträchtigen und sich damit nachteilig auf die Ertragslage auswirken.

Joint Ventures

Ein Teil der Dialysezentren, die über den Konzern oder eines seiner Tochterunternehmen betrieben werden, steht im Eigentum von Joint Ventures, an denen der Konzern oder eines seiner Tochterunternehmen eine Mehrheitsbeteiligung und gleichzeitig ein oder mehrere Krankenhäuser, Ärzte oder Arztpraxisgemeinschaften eine Minderheitsbeteiligung halten. Obwohl diese Joint Ventures so strukturiert sind, dass sie viele Kriterien erfüllen, die nach dem U.S. Anti-Kickback Gesetz für einen sogenannten „Safe-Harbour“-Schutz erforderlich sind, genügen unsere Beteiligungen an diesen Joint Ventures den Safe-Harbor-Vorgaben nicht vollumfänglich. Sollten ein oder mehrere der Joint Ventures das U.S. Anti-Kickback Gesetz verletzen, könnten wir verpflichtet sein, diese zu restrukturieren oder sogar aufzulösen. Ferner könnten wir verpflichtet sein, Vergütungen, die die Joint Ventures von Medicare auf Grund unzulässiger Überweisungen erhalten haben, zurückzuerstatten, Strafzahlungen an Medicare zu leisten und zukünftig von Erstattungen durch Medicare, Medicaid oder anderer öffentlicher Gesundheitsträger ausgeschlossen zu werden. Dies könnte die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich beeinträchtigen.

c) Sonstige Risiken

Wechselkurse und Zinsen

Der Konzern betreibt ein aktives Risikomanagement für die sich aus seiner Geschäftstätigkeit ergebenden Währungs- und Zinsrisiken. Das Risikomanagement basiert dabei auf Strategien, die in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin definiert wurden. Dazu gehören unter anderem Richtlinien, die sämtliche Phasen und Ebenen des Risikomanagementprozesses regeln. Sie bestimmen die Verantwortlichkeiten für die Ermittlung von Risiken, die sorgsame Anwendung von Finanzinstrumenten zu Absicherungszwecken und eine präzise Berichterstattung. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist auf die Absicherung durch Mikrohedgес für Risiken, die im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit entstehen, beschränkt. Geschäfte zu Handels- und Spekulationszwecken werden nicht abgeschlossen. Der überwiegende Teil der Transaktionen erfolgt mit Banken, die mindestens ein „A“-Rating oder besser aufweisen und deren Auswahl vom Vorstand genehmigt wurde. Die Überprüfung der Effektivität der verwendeten Sicherungsinstrumente

erfolgt mittels quartalisch durchgeführter Effektivitätstests.

Der Konzern setzt Zinssicherungsinstrumente zur Vermeidung von Zinsänderungsrisiken aus variabel verzinsten langfristigen Krediten ein. Der Nominalwert der entsprechenden Sicherungsgeschäfte belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 2,4 Mrd. US-\$. Die Zinsderivate laufen zu verschiedenen Terminen zwischen 2010 und 2012 aus.

Derivative Devisenterminkontrakte werden zur Vermeidung von Wechselkursrisiken aus Verkäufen und Käufen zwischen Unternehmen des Konzerns, die in verschiedenen Ländern ansässig sind und in verschiedenen Währungen bilanzieren, sowie im Zusammenhang mit konzerninternen Finanzierungen abgeschlossen. Ein Hauptanteil der Transaktionsrisiken entsteht aus Verkäufen aus dem Euro-Raum an internationale Konzerngesellschaften. Der Nominalwert aller Kurssicherungsgeschäfte, vorwiegend für die Absicherung von Euro gegen US-\$ und gegen verschiedene andere Währungen, belief sich am 31. Dezember 2009 im Konzern auf 1,8 Mrd. US-\$. Die Veränderung der Wechselkurse kann sich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken.

Steuern

Der Konzern unterliegt steuerlichen Betriebsprüfungen in den USA, in Deutschland und anderen Ländern. Der Konzern hat im Zusammenhang mit einigen dieser Betriebsprüfungen Mitteilungen über nachträgliche Änderungen von Steuerbescheiden und Bescheide über Abzugsverbote erhalten. Der Konzern geht gegen einige dieser nachteiligen Entscheidungen vor. Abweichende Einschätzungen durch die Steuerbehörden oder Gerichte könnten zu weiteren Steuerzahlungen verpflichten, die die Finanz- und Ertragslage des Konzerns negativ beeinflussen.

Internationalität

Der Konzern betreibt Dialysekliniken in über 35 Ländern und vertreibt eine große Palette an Dialyseprodukten und -dienstleistungen an Kunden in mehr als 115 Ländern. Die internationale Geschäftstätigkeit unterliegt einer Reihe von Risiken, unter anderem den folgenden:

- der Konzern kann Schwierigkeiten haben, in fremden Rechtssystemen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durchzusetzen und einzuziehen;
- einige Rechtsordnungen beschränken den Konzern, Dialysekliniken oder sonstige Unternehmen zu erwerben;
- politische und wirtschaftliche Instabilität, insbesondere in Entwicklungsländern und Schwellenländern, kann die Aktivitäten beeinträchtigen;
- einige Staaten könnten zusätzliche Steuern erheben oder den Import von Produkten beschränken.

Diese oder andere Risiken könnten Kosten steigern, Einnahmen senken oder Aktivitäten beeinträchtigen, was erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnte.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Gesellschaft

Obwohl die Gesellschaft gegen die weltweite Finanzmarktkrise nicht immun ist, geht sie davon aus, dass sie gut positioniert ist, ihr Geschäft kontinuierlich auszuweiten und gleichzeitig ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Die revolvingende Kreditlinie im Rahmen der Kreditvereinbarung 2006 der Gesellschaft wird von circa 60 Darlehensgebern bereitgestellt, von denen keiner mehr als 5,5% der revolvingenden Darlehen trägt. Obwohl eine der an dieser revolvingenden Fazilität partizipierenden Banken im 4. Quartal 2008 ihrer Verpflichtung zur Bereitstellung von Mitteln nicht nachgekommen ist, erwartet die Gesellschaft keine wesentlichen Probleme im Zusammenhang mit der Mittelverfügbarkeit bei der Inanspruchnahme dieser Kreditfazilität. Da die Gesellschaft den Betrag, der durch diesen Kreditgeber zur Verfügung gestellt werden sollte, als nicht wesentlich erachtet, wurden keine

Maßnahmen zur Änderung der Kreditvereinbarung 2006 eingeleitet, um die vertragsbrüchige Bank zu ersetzen.

Die Finanzierungsaktivitäten der Gesellschaft werden in den nächsten Jahren auch darauf ausgerichtet sein, nachrangige Finanzierungsinstrumente zu reduzieren. So wurden die im Februar 2008 fällig gewordenen nachrangigen genussscheinähnlichen Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trust II und III nicht durch die Ausgabe neuer nachrangiger Wertpapiere refinanziert, sondern durch die Nutzung bestehender erstrangiger Kreditfazilitäten. Die Gesellschaft beabsichtigt, Refinanzierungen von fällig werdenden langfristigen Verbindlichkeiten in hohem Maße mit erstrangigen Finanzverbindlichkeiten durchzuführen.

Die Gesellschaft plant, den Refinanzierungsbedarf in Höhe von insgesamt US-\$ 2.226 Mio. (etwa € 1.545 Mio.) aus der Fälligkeit des Darlehens A und der revolving Kreditfazilität der Kreditvereinbarung 2006 im März 2011 durch eine Erneuerung der Kreditvereinbarung und gegebenenfalls über verschiedene Kapitalmarkttransaktionen zu decken. Die jährliche Verlängerung des Forderungsverkaufsprogramms in Höhe von US-\$ 650 Mio. (etwa € 451 Mio.), das am 17. November 2009 bis zum 15. Oktober 2010 verlängert wurde, sowie die Finanzierung der Dividendenausschüttung von etwa € 183 Mio. im Mai 2010 und die erwartete Dividendenzahlung im Jahr 2011 können, falls erforderlich, aus den Mittelzuflüssen der Gesellschaft und den bestehenden Kreditfazilitäten abgedeckt werden.

Die durch die Gesellschaft einzuhaltenden vertraglichen Verpflichtungen aus Finanzverbindlichkeiten bieten genügend Flexibilität zur Abdeckung des Finanzierungsbedarfs. Generell geht die Gesellschaft davon aus, dass sie auch künftig über eine angemessene Finanzierung verfügen wird, um ihre Ziele zu erreichen und ihr Wachstum begleiten zu können.

4 Ausblick und Chancen der künftigen Entwicklung

4.1. Geschäftliche Entwicklung des Konzerns 2010 und 2011

Währungskursrelationen

Die Prognose des Konzerns für das Geschäftsjahr 2010 basiert auf einem erwarteten Wechselkurs von US-\$ 1,44 je €. Dieser Wert orientiert sich am Stichtagskurs am 31. Dezember 2009 von US-\$ 1,44 je €. Neben dem Wechselkurs von € zu US-\$ berücksichtigt der Konzern in seinen Prognosen auch weitere für die wirtschaftliche Entwicklung der Tochtergesellschaften relevante Wechselkurse, etwa ¥ zu US-\$ und ¥ zu €, wobei die derzeitigen volatilen Wechselkurse die Prognose der von den Tochtergesellschaften erzielten lokalen Ergebnisse als auch die Umrechnung dieser Ergebnisse in US-\$ stark beeinflussen und somit zu höheren Unsicherheiten und Schwankungsbreiten führen.

Umsatz

Im Geschäftsjahr 2010 will der Konzern den Umsatz weiter erhöhen: Er soll gegenüber 2009 auf über US-\$ 12 Milliarden steigen. Diese positive Entwicklung will der Konzern im Jahr 2011 fortsetzen: Das Umsatzwachstum soll 5 - 8% betragen.

Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 will der Konzern einen Konzernjahresüberschuss¹⁾ zwischen US-\$ 950 - 980 Millionen erwirtschaften. Der Ausblick auf 2010 setzt stabile Wechselkurse in diesem Jahr und im Jahr 2011 voraus. Auf dieser Basis soll der Konzernjahresüberschuss¹⁾ im Jahr 2010 um 7 - 10% und im Jahr 2011 stärker als der Umsatz wachsen.

1) Ergebnis, das auf die Anteilseigner der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA entfällt

Dividende

Der Konzern verfolgt seit der Gründung des Unternehmens im Jahr 1996 eine langfristige ergebnisorientierte Dividendenpolitik. Die Dividende wurde – vorbehaltlich der Beschlussfassung auf der Hauptversammlung am 11. Mai 2010 – dreizehn Mal in Folge erhöht. In dieser Zeit ist die Dividende je Stammaktie von € 0,17 auf vergleichbarer Basis auf € 0,61 für das Geschäftsjahr 2009 gestiegen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung um 10 % pro Jahr. Auch für die Jahre 2010 und 2011 plant der Konzern diese Kontinuität beizubehalten. Die Ausschüttungsquote soll in beiden Jahren konstant bei knapp einem Drittel des Konzernjahresüberschusses¹⁾ bleiben.

Investitionen und Akquisitionen

Der Konzern strebt an, für Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen im Geschäftsjahr 2010 etwa 8 - 9% des Umsatzes aufzuwenden. Davon sollten im Geschäftsjahr 2010 zwischen US-\$ 550 und 650 Millionen auf Investitionen entfallen; für Akquisitionen will der Konzern bis zu US-\$ 400 Millionen aufwenden. Im Geschäftsjahr 2011 sollen 7 – 9 % des Umsatzes für Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen aufgewendet werden.

Neben der ständigen Modernisierung der Dialysekliniken sowie Produktionsanlagen sollen die Investitionen insbesondere für die Eröffnung neuer Dialysekliniken, die Erweiterung der weltweiten Produktionskapazitäten und für Dialysemaschinen im Rahmen langfristiger Lieferverträge verwendet werden. Weitere Investitionen dienen der Rationalisierung der Produktion und der verbesserten Verwaltung von Patientendaten sowie der Leistungsabrechnung.

Darüber hinaus beabsichtigt der Konzern, weiter gezielt zu akquirieren und das weltweite Geschäft zu stärken. Dazu sollen in erster Linie weitere Dialysekliniken erworben werden.

Steuern

Für das Geschäftsjahr 2010 rechnet der Konzern mit einer Steuerquote zwischen 34,5 % und 35,5 %, die auch im Geschäftsjahr 2011 nicht überschritten werden soll.

Finanzierung

Die Zielgröße für den operativen Cash Flow in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 beträgt mehr als 10 % vom Umsatz. Dies berücksichtigt, dass es auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage einiger Länder zu längeren Forderungslaufzeiten kommen kann. Ein weiterhin fokussiertes Management des Umlaufvermögens soll die Erreichung der Cash Flow Ziele sicherstellen. Bei einem prognostizierten Umsatz von mehr als US-\$ 12 Milliarden würde der operative Cash Flow über US-\$ 1,2 Milliarden liegen.

Der Konzern orientiert sich in seiner langfristigen Finanzplanung am Debt/EBITDA-Verhältnis, das zum Ende des Jahres 2009 bei 2,46 lag. Auch zum Jahresende 2010 und 2011 wird ein Wert unter 2,5 angestrebt.

Die folgende Tabelle fasst die Kennzahlen des Ausblicks zusammen:

Ausblick

	2010	2011
Umsatz	> 12 Mrd. US-\$	
Umsatzwachstum	7 - 9%	5 - 8%
Konzernjahresüberschuss ¹⁾	950 - 980 Mio. US-\$	> Umsatzwachstum
Steigerung Konzernjahresüberschuss ¹⁾	7 - 10%	
Dividende	ergebnisorientierte Dividendenpolitik	ergebnisorientierte Dividendenpolitik
Investitionen	550 - 650 Mio. US-\$	
Akquisitionen	bis zu 400 Mio. US-\$	
Investitionen und Akquisitionen in % vom Umsatz	8 - 9%	7 - 9%
Steuerquote	34,5 - 35,5 %	34,5 - 35,5 %
Debt/EBITDA-Verhältnis	< 2,5	< 2,5

1) Ergebnis, das auf die Anteilseigner der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA entfällt

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn eine der genannten oder andere Unsicherheiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen.

4.2. Chancen

Die Zahl der Menschen, die an chronischem Nierenversagen leiden und eine Dialysebehandlung benötigen, nimmt weltweit kontinuierlich zu: Im Jahr 2010 werden es schätzungsweise rund 2 Millionen Patienten sein. Bei einem erwarteten durchschnittlichen Wachstum von etwa 6 % jährlich wird diese Zahl im Jahr 2025 voraussichtlich deutlich mehr als vier Millionen erreichen.

Einige demografische Trends tragen in diesem Zusammenhang zusätzlich zu den Chancen des Konzerns bei. Dazu zählen die älter werdende Bevölkerung und die steigende Zahl der Menschen, die an Diabetes und Bluthochdruck leiden – den beiden Erkrankungen, die häufig dem terminalen Nierenversagen vorausgehen. Mit diesen Entwicklungen steigt der Bedarf an Dialyseprodukten und –dienstleistungen zusätzlich. Der Konzern will zur Deckung dieses Bedarfs wesentlich beitragen und nierenkranke Patienten mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen versorgen.

Wichtige Chancen für den Konzern bieten sich mit der Erschließung weiterer Märkte, insbesondere in Osteuropa und in den Ländern Asiens. Zwar verkauft der Konzern in den meisten dieser Märkte bereits heute Dialyseprodukte über Distributoren oder eigene Vertriebsorganisationen, aber er weitet sein lokales Produktangebot und die lokale Produktion strategisch aus. Zudem ist der Konzern in diesen Ländern zum Teil nicht als Anbieter von Dialyседienstleistungen mit eigenen Kliniken tätig. Dies ist zum einen auf rechtliche Restriktionen zurückzuführen; zum anderen sind oftmals die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gegeben, etwa die entsprechenden Vergütungsstrukturen oder funktionierende Gesundheitssysteme. Auch hier sieht der Konzern langfristig Chancen für Wachstum, bedingt durch seinen guten Ruf als führendes, vertikal integriertes Dialyseunternehmen mit langjähriger Erfahrung im Betreiben von Dialysekliniken: In verschiedenen Ländern wie China oder Russland gilt der Konzern deshalb als bevorzugter Berater der Gesundheitsbehörden bei der Erarbeitung von hochwertigen Behandlungsstandards oder tragfähigen Versorgungsstrukturen in der Dialyse.

Grundlegend neue Chancen für den Konzern könnten auf Grund veränderter rechtlicher Vorschriften in Japan entstehen. Sollten sich dort zum Beispiel die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Dialysekliniken durch privatwirtschaftlich tätige Unternehmen wie Fresenius Medical Care ändern, ergäben sich hieraus wichtige neue Absatzmöglichkeiten. Japan ist der größte Markt in Asien: Dort leben rund 290.000 Dialysepatienten und damit mehr als die Hälfte aller Dialysepatienten in Asien. Auch bevölkerungsreiche Länder wie China und Indien bieten langfristig interessante Wachstumschancen. Deshalb will der Konzern seine Präsenz in den acht größten Städten Indiens künftig verstärken und dort Dialyседienstleistungen anbieten.

Der Konzern nimmt in Deutschland, dem viertgrößten Markt der Welt, auf Grund der Qualität seiner angebotenen Produkte schon heute eine ausgezeichnete Marktposition ein. Konnten bislang nur niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser oder gemeinnützige Organisationen Dialysezentren betreiben, ist es Fresenius Medical Care nun möglich, Dialyседienstleistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) anzubieten – das sind fachübergreifende, ärztlich geleitete Einrichtungen, in denen Ärzte als Angestellte oder Vertragsärzte tätig sind. Der Konzern versteht sich als Partner seiner Kunden beim Aufbau von neuen Versorgungsstrukturen im deutschen Gesundheitswesen und wird sich bietende Gelegenheiten wahrnehmen, um sein Geschäft durch ein solches Engagement langfristig zu stärken. Ende 2009 war der Konzern an insgesamt vier MVZ beteiligt.

Chancen ergeben sich auch aus der Forschung und Entwicklung neuer Möglichkeiten für die Behandlung Nierenkranker. So arbeitet der Konzern zum Beispiel an der Entwicklung einer tragbaren künstlichen Niere, die als Therapiemöglichkeit außerhalb des Klinikumfelds eine umso wichtigere Rolle spielen könnte, wenn die Patientenzahlen so stark wachsen wie angenommen und der Kostendruck zunimmt. Auch vor dem Hintergrund einer Zunahme von Diabetes und Bluthochdruck gewinnt das Konzept einer tragbaren Niere an Bedeutung, denn es werden verstärkt auch junge Menschen an chronischem Nierenversagen leiden, die im Gegensatz zu älteren Patienten eine Behandlung schätzen werden, die ein eigenständigeres, aktiveres Leben ermöglicht und sich leichter mit einer Berufstätigkeit vereinbaren lässt. Die Forschungsvorhaben zur tragbaren künstlichen Niere sind bislang noch nicht in einem Stadium, das die Behandlung signifikanter Patientengruppen kurz- oder mittelfristig nahelegt. Fresenius Medical Care arbeitet jedoch in einem Regionen übergreifenden Team von Forschern intensiv an der Entwicklung eines solchen Produkts, das mit wesentlichen Chancen für den Konzern bei Dialyseprodukten und den mit der Heimdialyse verbundenen Dienstleistungen einhergehen könnte. Die Heimdialyse ist generell ein Therapiefeld, in dem der Konzern aus den oben genannten Gründen wirtschaftliche Chancen sieht. Dabei könnte auch die Heim-Hämodialyse künftig an Bedeutung gewinnen. Fresenius Medical Care ist bestens darauf vorbereitet, an dieser Entwicklung teilzuhaben: Denn mit der SORB-Technologie, mit der sich einfaches Leitungswasser für die Dialyse aufbereiten und die Dialyseflüssigkeit wiederverwenden lässt, verfügt der Konzern über ein Schlüssel-Verfahren für den Ausbau der Heim-Hämodialyse.

Ein weiteres Geschäftsfeld mit langfristig herausragenden Wachstumschancen sind Dialysemedikamente. Die Integration des Phosphatbinders PhosLo in das Produktportfolio sowie die Erweiterung um intravenös zu verabreichende Eisenpräparate in den vergangenen Geschäftsjahren sind hier wesentliche Schritte gewesen. Zu den Dialysemedikamenten zählen neben Phosphatbindern und Eisenpräparaten unter anderem auch Vitamin-D- sowie Kalziummimetika. Der Konzern schätzt die für den Dialysemarkt relevante Marktgröße für diese vier Produktgruppen auf insgesamt mehr als US-\$ 2,5 Milliarden für das Jahr 2009.

Qualität kostet Geld, aber Qualität wird auch bezahlt. Diese Perspektive bietet die Einführung neuer, gebündelter Erstattungssysteme wie in Portugal seit 2008 und in den USA ab 2011. Für Fresenius Medical Care ergeben sich aus diesen veränderten Vergütungsstrukturen Chancen für ihr Geschäft sowie in der Forschung und Entwicklung, denn dank seines integ-

rierten Geschäftsmodells ist der Konzern nicht nur in der Lage, alle Produkte und Dienstleistungen des „Therapiebündels“ auf dem geforderten Qualitätsniveau anzubieten, sondern er kann nun noch gezielter an der Weiterentwicklung ihrer Produkt- und Dienstleistungspalette arbeiten.

Darüber hinaus verfügt Fresenius Medical Care über eine Reihe von leistungswirtschaftlichen Chancen, die sich aus dem operativen Geschäft ergeben. Dazu gehören unter anderem ein kontinuierlich optimiertes Liefermanagement, das der Konzern immer stärker auch global ausrichtet, um von weiteren Synergien zu profitieren, sowie eine kosteneffiziente Produktion, deren Ergebnisse er durch etablierte Managementsysteme wie Lean Six Sigma systematisch und kontinuierlich steigert. Die globale Präsenz des Konzerns im Geschäft mit Dialyседienstleistungen und die Therapiekonzepte UltraCare und NephroCare ermöglichen ein kontinuierliches Benchmarking, also den permanenten Leistungsvergleich seiner Kliniken, sowie den überregionalen Austausch so genannter Best Practices, also bewährter Projekte und Ansätze im Klinikmanagement, den der Konzern in den kommenden Jahren weiter intensivieren will.

Eine entscheidende Chance für weiteres Wachstum liegt nicht zuletzt im Geschäftsmodell des Konzerns begründet: Als weltweit tätiges, vertikal integriertes Dialyseunternehmen deckt der Konzern fast die gesamte Wertschöpfungskette der Dialyse ab und kann dadurch in Forschung und Entwicklung, Produktion sowie in der Ausrichtung seines Klinikmanagements von den Rückmeldungen ihrer Patienten, Ärzte und Klinikmitarbeiter erheblich profitieren.

5. Bericht zur Unternehmensführung

Die Gesellschaft machte im Geschäftsjahr 2009 von der Möglichkeit Gebrauch, die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Abs. 1 HGB auf der Internetseite der Gesellschaft öffentlich zugänglich zu machen.

Die Erklärung zur Unternehmensführung kann im Internet unter www.fmc-ag.de im Bereich Investor Relations / Corporate Governance / Erklärung zur Unternehmensführung eingesehen werden.

6. Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA fasst die wesentlichen Elemente des Systems zur Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA zusammen und erläutert in diesem Zusammenhang vor allem die Höhe und Struktur der Vorstandsvergütungen. Der Vergütungsbericht wird auf der Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erstellt und beinhaltet ferner die Angaben, die nach den maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften, vor allem gemäß dem Handelsgesetzbuch, erforderlich sind.

I. Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist das Aufsichtsratsplenum der Fresenius Medical Care Management AG zuständig. Der Aufsichtsrat wird dabei von einem Personalausschuss, dem Human Resources Committee, unterstützt. Das Human Resources Committee setzte sich im Berichtsjahr aus den Herren Dr. Ulf M. Schneider, Dr. Gerd Krick, William P. Johnston und Dr. Walter Weisman zusammen.

Zielsetzung des Vergütungssystems ist es, die Mitglieder des Vorstands an der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens entsprechend ihren Aufgaben und Leistungen sowie den

Erfolgen bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds angemessen teilhaben zu lassen.

Die Vergütung des Vorstands ist in ihrer Gesamtheit leistungsorientiert und setzte sich im Geschäftsjahr 2009 aus drei Komponenten zusammen:

- erfolgsunabhängige Vergütung (Grundgehalt)
- erfolgsbezogene Vergütung (variabler Bonus)
- Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktioptionen, aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich).

Des Weiteren hatten im Berichtszeitraum vier Mitglieder des Vorstands Pensionszusagen.

Die Ausgestaltung der einzelnen Komponenten folgt dabei den nachstehenden Kriterien:

Die erfolgsunabhängige Vergütung wurde im Geschäftsjahr 2009 in zwölf monatlichen Raten als Grundgehalt ausbezahlt. Zusätzlich haben die Mitglieder des Vorstands Nebenleistungen erhalten, die im Wesentlichen aus Versicherungsleistungen, der Privatnutzung der Firmen-Pkw, Sonderzahlungen wie z.B. Auslandszulagen, Wohnkostenzuschüssen und Gebühren-erstattungen sowie Zuschüssen zur Renten- und Krankenversicherung bestehen.

Die erfolgsbezogene Vergütung wird auch für das Geschäftsjahr 2009 als variabler Bonus gewährt. Die Höhe des jeweiligen Bonus ist von der Erreichung individueller sowie gemeinsamer Ziele abhängig:

Die Zielvorgaben für die Vorstandsmitglieder werden über die Kennzahlen operatives Ergebnis (EBIT), Jahresüberschuss des Konzerns (EAT) und dessen Wachstum sowie an der Entwicklung des Cash-Flow gemessen, unterliegen teilweise einem Vergleich mit Vorjahreswerten und lassen sich zu einem weiteren Teil aus der Gegenüberstellung von Soll- (= Budget-) mit Ist-Werten ermitteln. Des Weiteren findet eine Unterteilung in Zielsetzungen auf Konzernebene und in solche Zielsetzungen statt, die in einzelnen Regionen zu erfüllen sind. Schließlich werden die verschiedenen Zielparameter im Hinblick auf ihren relativen Anteil am Gesamtbetrag der variablen Vergütung in Abhängigkeit der jeweiligen (regionalen) Verantwortungsbereiche der Vorstandsmitglieder unterschiedlich gewichtet.

Im Berichtszeitraum wurden sämtliche Mitglieder des Vorstands an Zuwachsraten zum konzernweiten Nachsteuerergebnis (EAT Wachstum) gemessen. Die für die variable Vergütung relevante Untergrenze für das zu erreichende konzernweite EAT Wachstum lag bei mindestens 6% während die höchste insoweit relevante Zuwachsrate mit 15% festgesetzt war (Kappung). Daneben wurden die Mitglieder des Vorstands mit Konzernfunktionen als auch die Vorstände mit Regionalverantwortung an der Entwicklung des jeweiligen Cash-Flow im Konzern bzw. in den relevanten Regionen während des Berichtszeitraums gemessen, wobei die vergütbaren Ziele im Rahmen eines Korridors von Steigerungsraten zwischen 3% und 6% bezogen auf den jeweiligen Cash-Flow lagen. Die im Berichtszeitraum erzielten Zuwachsraten hinsichtlich der regionalen operativen Ergebnisse (Regional EBIT) wurden ferner zugunsten der betreffenden Vorstände mit Regionalverantwortung jeweils in einem Zielkorridor zwischen 13% und 19% vergütet.

Grundsätzlich wird die Vergütung der Zuwachsraten des Nachsteuerergebnisses (EAT Wachstum) für Mitglieder des Vorstands mit Konzernfunktionen mit 80% Anteil an der variablen Vergütung höher gewichtet als bei Vorständen, die für die regionalen Ergebnisse verantwortlich zeichnen. Dort ist der Anteil mit 60% bemessen. Die Zielerreichung des Free Cash Flow wird mit 20% am variablen Vergütungsanteil für alle Vorstandsmitglieder einheitlich bemessen; ebenso wird auch die Bewertung der operativen Ergebnisse (EBIT Marge) in den Regionen mit 20 % am variablen Vergütungsanteil gewichtet.

Die Bonuskomponente setzte sich im Berichtsjahr sodann grundsätzlich anteilig aus einer Barzahlung (kurzfristig) sowie aus einer weiteren durch Barausgleich abzugeltenden aktienbasierten Vergütungskomponente (langfristig) zusammen, die sich an der Kursentwicklung der Stammaktien der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA orientiert. Im Falle der jährlichen Zielerreichung erfolgte, respektive erfolgt die Barzahlung nach Abschluss des jeweiligen Geschäftsjahres; die in diesen Fällen dann ebenfalls jährlich einzuräumende aktienbasierte erfolgsbezogene Vergütung unterliegt einer mehrjährigen Wartezeit, wobei in Sonderfällen (z.B. Berufsunfähigkeit, Übergang in den Ruhestand) eine kürzere Frist gelten kann. Die Höhe der baren Auszahlung dieser aktienbasierten Vergütung richtet sich nach dem Kurswert der Stammaktie der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA bei Ausübung nach Ablauf der mehrjährigen Wartezeit und wird aus diesem Grund den Vergütungsbestandteilen mit langfristiger Anreizwirkung zugerechnet. Für die gesamte erfolgsbezogene Vergütung ist der für die Mitglieder des Vorstands jeweils maximal erreichbare Bonus betragsmäßig gedeckelt.

In einigen Fällen galt für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 zudem eine besondere Bonuskomponente, deren Zielerreichung zwar nur innerhalb dieses dreijährigen Zeitraums gemessen wurde, deren Auszahlung jedoch zum Teil ebenfalls einer mehrjährigen Wartezeit unterliegt und insoweit bis zum Jahr 2012 erfolgt. Diese Bonuskomponente enthielt auch Sonderbestandteile, die an das Erreichen von außerordentlichen finanziellen Zielen anknüpften, die im Zusammenhang mit speziellen Integrationsmaßnahmen (wie z.B. im Zusammenhang mit der Übernahme der Renal Care Group in den USA) standen und insoweit das Erreichen eines außergewöhnlichen Ergebnisanstiegs erforderten. Der vorliegende Bericht berücksichtigt auch solche Leistungen, die auf dieser früheren Bonuskomponente beruhen, jedoch erst im Berichtsjahr ausgeübt wurden und zur Auszahlung kamen.

Für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 stellte sich die Höhe der Barvergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG ohne Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung wie folgt dar:

	Erfolgsunabhängige Vergütung				Erfolgsbezogene Vergütung		Barvergütung (ohne Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)	
	Gehalt		Sonstiges ¹⁾		Bonus			
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Dr. Ben Lipps	860	816	251	202	1.200	963	2.311	1.981
Roberto Fusté	400	350	185	184	519	197	1.104	731
Dr. Emanuele Gatti	550	550	111	64	732	658	1.393	1.272
Rice Powell	538	510	28	30	868	716	1.434	1.256
Lawrence A. Rosen	267	400	79	86	177	510	523	996
Dr. Rainer Runte	380	330	30	29	451	438	861	797
Mats Wahlstrom	609	578	28	31	1.166	845	1.803	1.454
Summen:	3.604	3.534	712	626	5.113	4.327	9.429	8.487

¹⁾ Enthalten sind Versicherungsleistungen, die Privatnutzung der Firmen-Pkw, Zuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung und sonstige Nebenleistungen.

Neben den vorstehend beschriebenen aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich wurden als weitere Komponente mit langfristiger Anreizwirkung im Geschäftsjahr 2009 Aktienoptionen auf Basis des Aktienoptionsplans 2006 gewährt. Die Grundzüge des Aktienoptionsplans 2006 werden in dem Anhang unter dem Stichwort „Bedingtes Kapital IV“ näher dargestellt.

Zum 1. Januar 2009 existierten bei der Gesellschaft noch drei weitere, durch bedingtes Kapital abgesicherte Mitarbeiterbeteiligungsprogramme, die deren Teilnehmer zum Bezug von Wandelschuldverschreibungen oder Aktienoptionen berechtigten, aus denen jedoch im Geschäftsjahr 2009 keine weiteren Bezugsrechte mehr ausgegeben werden konnten. In Anknüpfung an diese erfolgreichen Mitarbeiterbeteiligungsprogramme der vergangenen Geschäftsjahre hatte die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA den durch die Hauptversammlung am 9. Mai 2006 beschlossenen und mit Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 (Aktiensplit im Verhältnis 1:3) geänderten Aktienoptionsplan 2006 implementiert.

Aus diesem Aktienoptionsplan wurden im Berichtsjahr 2009 insgesamt 2.585.196 Aktienoptionen zugeteilt, wovon 348.600 auf die Mitglieder des Vorstands entfielen.

Für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 sind die Anzahl und der Wert der ausgegebenen Aktienoptionen sowie auch der Wert der aktienbasierten Vergütung mit Barausgleich in der nachstehenden Tabelle individualisiert dargestellt.

	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung							
	Aktienoptionen				Aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich		Gesamt	
	Anzahl		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Dr. Ben Lipps	99.600	99.600	761	976	341	425	1.102	1.401
Roberto Fusté	49.800	49.800	380	488	126	0	506	488
Dr. Emanuele Gatti	49.800	49.800	380	488	244	177	624	665
Rice Powell	49.800	49.800	380	488	242	237	622	725
Lawrence A. Rosen	0	49.800	0	488	0	209	0	697
Dr. Rainer Runte	49.800	49.800	380	488	150	172	530	660
Mats Wahlstrom	49.800	49.800	380	488	0	268	380	756
Summen:	348.600	398.400	2.661	3.904	1.103	1.488	3.764	5.392

Die angegebenen Werte der im Geschäftsjahr 2009 an die Mitglieder des Vorstands gewährten Aktienoptionen entsprechen deren Zeitwert (Fair Value) zum Zeitpunkt ihrer Gewährung, somit einem Wert in Höhe von EURO 7,64 (2008: EURO 9,80) pro Aktienoption. Der Ausübungskurs für die gewährten Aktienoptionen beträgt EURO 31,97 (2008: EURO 35,49).

Am Ende des Geschäftsjahres 2009 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 2.041.121 Aktienoptionen (2008: 2.159.720 Aktienoptionen).

Die Entwicklung und der Stand der Aktienoptionen des Vorstands im Geschäftsjahr 2009 sind in der folgenden Tabelle näher dargestellt:

		Dr. Ben Lipps	Roberto Fusté	Dr. Emanuele Gatti	Rice Powell	Lawrence A. Rosen	Dr. Rainer Runte	Mats Wahlstrom	Summen:
Am 1. Januar 2009 ausstehende Optionen	Anzahl	818.411	291.276	276.276	177.177	227.604	207.753	161.223	2.159.720
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	24,57	24,62	25,10	30,25	28,24	29,54	32,34	26,56
Im Geschäftsjahr gewährte Optionen	Anzahl	99.600	49.800	49.800	49.800		49.800	49.800	348.600
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	31,97	31,97	31,97	31,97		31,97	31,97	31,97
Im Geschäftsjahr ausgeübte Optionen	Anzahl	214.595	25.000			128.004			367.599
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	15,32	15,81			23,21			18,10
	durchschnittl. Aktienkurs in €	28,50	35,96			34,29			31,02
Im Geschäftsjahr verfallene Optionen	Anzahl					99.600			99.600
	durchschnittl. Ausübungspreis in €					34,70			34,70
Am 31. Dezember 2009 ausstehende Optionen	Anzahl	703.416	316.076	326.076	226.977	0	257.553	211.023	2.041.121
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	28,44	26,48	26,15	30,63		30,01	32,25	28,60
	durchschnittl. verbleibende Laufzeit in Jahren	4,2	4,4	4,5	4,9		4,7	5,1	4,5
	Bandbreite an Ausübungspreisen in €	14.47 - 35.49	11.42 - 35.49	11.42 - 35.49	11.42 - 35.49		14.36 - 35.49	20.26 - 35.49	11.42 - 35.49
Am 31. Dezember 2009 ausübare Optionen	Anzahl	404.616	166.676	176.676	77.577	0	108.153	61.623	995.321
	durchschnittl. Ausübungspreis in €	24,48	19,92	19,69	24,54		24,79	28,53	23,16

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2009 erreichten Ziele wurden ferner Ansprüche auf aktienbasierte Vergütungen mit Barausgleich im Wert von insgesamt EURO 1.103 Tsd. (2008: EURO 1.488 Tsd.) erworben, auf Basis dessen die Zuteilung der Anzahl aktienbasierter Vergütungsansprüche erfolgt. Da die konkrete Zuteilung erst im März 2010 erfolgt, wird auch erst zu diesem Zeitpunkt auf Basis dann aktueller Kursverhältnisse der Stammaktie der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA die konkrete Anzahl von Anteilen solcher aktienbasierter Vergütungsansprüche durch den Aufsichtsrat festgelegt werden, die sodann als Grundlage und Multiplikator für die Ermittlung der Auszahlung nach der mehrjährigen Wartefrist dient.

Die Höhe der gesamten Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG stellte sich für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 damit wie folgt dar:

	Barvergütung (ohne Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)		Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		Gesamtvergütung (einschließlich Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)	
	Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Dr. Ben Lipps	2.311	1.981	1.102	1.401	3.413	3.382
Roberto Fusté	1.104	731	506	488	1.610	1.219
Dr. Emanuele Gatti	1.393	1.272	624	665	2.017	1.937
Rice Powell	1.434	1.256	622	725	2.056	1.981
Lawrence A. Rosen	523	996	0	697	523	1.693
Dr. Rainer Runte	861	797	530	660	1.391	1.457
Mats Wahlstrom	1.803	1.454	380	756	2.183	2.210
Summen:	9.429	8.487	3.764	5.392	13.193	13.879

Die Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung, d.h. die Aktienoptionen sowie die aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich, können erst nach Ablauf festgelegter Mindestlaufzeiten (Erdienungszeiträume) ausgeübt werden. Ihr Wert wird auf die Erdienungszeiträume verteilt und als Aufwand im jeweiligen Geschäftsjahr berücksichtigt. Der auf die Geschäftsjahre 2009 und 2008 entfallende Aufwand ist in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesen.

	Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung durch Eigenkapitalinstrumente		Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung durch aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich		Gesamtaufwand für aktienbasierte Vergütungen	
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Dr. Ben Lipps	945	807	912	541	1.857	1.348
Roberto Fusté	472	404	0	0	472	404
Dr. Emanuele Gatti	472	404	304	180	776	584
Rice Powell	472	404	577	332	1.049	736
Lawrence A. Rosen	-200	404	-359	262	-559	666
Dr. Rainer Runte	472	404	364	231	836	635
Mats Wahlstrom	1.152	404	1.171	379	2.323	783
Summen:	3.785	3.231	2.969	1.925	6.754	5.156

Die erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteile und die Grundstrukturen der erfolgsbezogenen Vergütungsbestandteile sind im Rahmen der Anstellungsverträge mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern vereinbart. Die Gewährung von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands erfolgt auf jährlicher Basis durch den Aufsichtsrat.

II. Zusagen an Mitglieder des Vorstands für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit

Für die Vorstandsmitglieder Roberto Fusté, Dr. Emanuele Gatti, Dr. Rainer Runte und Lawrence A. Rosen (letzterer ist zum 31. August 2009 aus dem Unternehmen ausgeschieden) bestehen einzelvertragliche Pensionszusagen. Hinsichtlich dieser Pensionszusagen bestehen für Fresenius Medical Care zum 31.12.2009 Pensionsverpflichtungen in Höhe von EURO 3.316 Tsd. (31.12.2008: EURO 2.410 Tsd.). Die Zuführung zur Pensionsrückstellung betrug im Geschäftsjahr 2009 EURO 705 Tsd. (2008: EURO 287 Tsd.). Die jeweilige Pensionszusage sieht ab dem 65. Lebensjahr, beziehungsweise im Falle des Ausscheidens wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus der aktiven Tätigkeit ein von der Höhe des letzten Grundgehalts abhängiges Ruhegehalt und eine Hinterbliebenenversorgung vor. Der von 30 % ausgehende Prozentsatz erhöht sich mit jedem Dienstjahr um 1,5%-Punkte, wobei maximal 45 % erreicht werden können. Spätere Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit des Vorstandsmitglieds sind mit 30 % ihres Bruttobetragtes auf die Pension anzurechnen. Die von Herrn Lawrence A. Rosen während seiner Dienstzeit erworbene anteilige Pensionszusage ist nach seinem Ausscheiden aus dem Unternehmen zum 31. August 2009 insoweit unverfallbar geworden.

Mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Ben Lipps wurde ferner anstelle einer Pensionsregelung einzelvertraglich vereinbart, dass er unter Beachtung eines Wettbewerbsverbots bei Beendigung des zwischen ihm und der Fresenius Medical Care Management AG geschlossenen Anstellungsverhältnisses für einen Zeitraum von 10 Jahren für die Gesellschaft eine beratende Tätigkeit ausüben kann. Die seitens der Fresenius Medical Care Management AG hierfür zu gewährende Gegenleistung würde sich p.a. wertmäßig auf etwa 33% der im Geschäftsjahr 2009 an ihn ausbezahlten erfolgsunabhängigen Vergütungskomponente belaufen.

Den Vorstandsmitgliedern Dr. Emanuele Gatti und Rice Powell wurden durch einzelvertragliche Vereinbarungen Leistungen (Abfindungen, errechnet anhand des garantierten einfachen Jahreseinkommens, basierend auf dem entsprechenden Grundgehalt) für den Fall zugesagt, dass das jeweilige bestehende Anstellungsverhältnis mit der Fresenius Medical Care Management AG beendet werden sollte. Etwaige zusätzliche Ausgleichszahlungen, die den genannten Vorstandsmitgliedern im Zusammenhang mit bestehenden nachvertraglichen Wettbewerbsverboten zustünden, wären zur Hälfte auf diese Abfindungszahlungen anzurechnen. Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder enthalten keine ausdrücklichen Regelungen für den Fall eines „Change of Control“.

Für Herrn Mats Wahlstrom, der zum 31. Dezember 2009 aus dem Vorstand ausgeschieden ist, wurde eine Regelung getroffen, gemäß derer sämtliche für ihn ausstehenden aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich aus der besonderen Bonuskomponente der Jahre 2006 bis 2008 zum Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Vorstand am 31.12.2009 als unverfallbar zugeteilt wurden. Insoweit wurde vertraglich vereinbart, dass er die daraus entstehenden Ausübungsrechte vollständig zu einem von ihm zu bestimmenden Zeitpunkt im Monat Februar 2010 wahrnimmt. Ebenso hat Herr Wahlstrom Anspruch auf Auszahlung der für das Berichtsjahr vereinbarten jährlichen Bonuskomponente nach Maßgabe der insoweit durch den Aufsichtsrat getroffenen Festlegungen. Ferner wurde mit Herrn Wahlstrom die Vereinbarung getroffen, dass er zukünftig im Rahmen eines mit einer US-Tochtergesellschaft des Fresenius Medical Care Konzerns geschlossenen Anstellungsvertrags in der Position eines Senior Vice President für Fresenius Medical Care tätig sein und dem Vorsitzenden des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG für einen Zeitraum von fünf Jahren als Senior Advisor zur Verfügung stehen wird. Hierfür erhält Herr Wahlstrom eine gesonderte vertragliche Vergütung. Weiterhin wurde vereinbart, dass die Herrn Mats Wahlstrom während seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied zugeteilten Aktienoptionen von seinem Ausscheiden aus dem Vorstand unberührt bleiben. Letzteres gilt auch für den Fall, dass Herr Wahlstrom aus dem Fresenius Medical Care Konzern ausscheiden sollte.

III. Sonstiges

Im Geschäftsjahr 2009 wurden an die Mitglieder des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG keine Darlehen oder Vorschusszahlungen auf zukünftige Vergütungsbestandteile gewährt.

Die Fresenius Medical Care Management AG hat sich verpflichtet, die Mitglieder des Vorstands von Ansprüchen, die gegen sie aufgrund ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft und deren konzernverbundene Unternehmen erhoben werden, soweit solche Ansprüche über ihre Verantwortlichkeit nach deutschem Recht hinausgehen, im Rahmen des gesetzlich Zulässigen freizustellen. Zur Absicherung derartiger Verpflichtungen hat die Gesellschaft eine Directors & Officers Versicherung mit einem angemessenen Selbstbehalt abgeschlossen. Soweit hinsichtlich des Selbstbehalts auf Basis des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) Anpassungen vorzunehmen sind, erfolgen diese bis spätestens zum Ablauf der Übergangsfrist am 30. Juni 2010. Die vorbenannte Freistellung gilt für die Zeit, in der das jeweilige Mitglied des Vorstands amtiert sowie für Ansprüche in diesem Zusammenhang nach jeweiliger Beendigung der Vorstandstätigkeit.

Frühere Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2009 keine Bezüge.

IV. Anpassungen des Systems zur Vergütung der Vorstandsmitglieder

Im Hinblick auf die durch das am 5. August 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) neu formulierten Anforderungen an das System der Vorstandsvergütung, die für alle ab diesem Datum neu abgeschlossenen oder inhaltlich geänderten bzw. angepassten Vorstandsansetzungsverträge Geltung beanspruchen, hat der Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG vor dem Hintergrund der Neuregelung der Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands ab dem 1. Januar 2010 mit Beschluss vom 8. Dezember 2009 beschlossen, ein angepasstes System zur Vergütung der Mitglieder des Vorstands zur Anwendung zu bringen.

Zunächst erhält jedes Vorstandsmitglied, wie bislang auch, eine jährliche, in zwölf gleichen Teilen monatlich auszuzahlende feste Grundvergütung, die in ihrer Höhe je nach Vorstandsmitglied unterschiedlich bemessen ist und auf diese Weise den besonderen individuellen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen der jeweiligen Vorstandsmitglieder Rechnung trägt.

Das neue Vergütungsmodell folgt im Hinblick auf die erfolgsabhängige Bemessung der variablen Vergütungsanteile den unter Abschnitt I (Vergütung des Vorstands) beschriebenen Grundsätzen. Bemessen werden das jeweilige regionale operative Ergebnis (EBIT Margin), das Wachstum des Jahresüberschusses des Konzerns (EAT Growth) und die Entwicklung des unternehmensweiten sowie des regionalen Cash-Flows vor Akquisitionen (FCF). Alle Werte werden aus der Gegenüberstellung von Soll- (Budget-) mit Ist-Werten ermittelt.

Die erfolgsbezogene variable Vergütung teilt sich auf (i) in eine Komponente, die nach Feststellung der erreichten Jahresziele in bar ausgezahlt wird (Jahresbonus), (ii) in eine aktienbasierte Vergütungskomponente mit Barausgleich, die einer mehrjährigen Wartefrist unterliegt sowie (iii) in eine weitere Komponente mit langfristiger Anreizwirkung in Form von Aktienoptionen. Bei der Festlegung der variablen Vergütung wird darauf geachtet, dass der Anteil der langfristigen Vergütungsbestandteile mindestens 50% der gesamten variablen Bezüge beträgt. Die Zielerreichung der vorstehend genannten Kennzahlen wird mit max. 120% bewertet und mit einem festen Multiplikator versehen, so dass eine Begrenzungsmöglichkeit der variablen Bezüge vorgesehen ist. Wie bereits in der Vergangenheit, so enthält auch das neue Vergütungssystem eine Regelung zur Begrenzung der aktienbasierten Vergütungskomponenten für den Fall außerordentlicher Entwicklungen.

Die Höhe der Grundvergütung und die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder wurde unter besonderer Berücksichtigung relevanter Vergleichswerte anderer DAX-Unternehmen und ähnlicher Gesellschaften vergleichbarer Größe und Leistung aus dem relevanten Industriesektor bemessen. Dabei wurde im Durchschnitt eine konservative Positionierung unterhalb des jeweils relevanten Mittelwertes der Vergleichsunternehmen gewählt. Neben dieser horizontalen Vergleichsbetrachtung wurde auch auf die vertikale (unternehmensinterne) Vergleichsbetrachtung Wert gelegt. Dabei liegt das Unternehmen ebenfalls konservativ in Relation zu vergleichbaren Unternehmen.

Insgesamt wurde die Auswahl der vergütungsrelevanten Kennzahlen und ihre Gewichtung im Vergütungssystem so festgelegt, dass im Ganzen eine Vergütungsstruktur vorhanden ist, die auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist.

V. Vergütung des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA

Die Vergütung des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA ist in § 13 der Satzung geregelt.

Entsprechend dieser Bestimmung werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats die in Ausübung ihres Amtes entstandenen Auslagen erstattet, zu denen auch die anfallende Mehrwertsteuer zählt.

Als Vergütung erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats für jedes volle Geschäftsjahr eine Festvergütung von je US-\$ 80.000, zahlbar in vier gleichen Raten am Ende eines Kalenderquartals. Beschließt die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses eine höhere Vergütung, so gilt diese.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält eine zusätzliche Vergütung in Höhe von US-\$ 80.000 und sein Stellvertreter eine zusätzliche Vergütung in Höhe von US-\$ 40.000, jeweils für jedes volle Geschäftsjahr. Als Mitglied eines Ausschusses erhält ein Aufsichtsratsmitglied zusätzlich jährlich US-\$ 30.000 bzw. als Vorsitzender eines Ausschusses US-\$ 50.000, jeweils zahlbar in gleichen Raten am Ende eines Kalenderquartals.

Soweit ein Mitglied des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrats der persönlich haftenden Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG ist und für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG Vergütungen erhält, werden die Vergütungen für die Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates der FMC-AG & Co. KGaA auf die Hälfte reduziert. Das Gleiche gilt hinsichtlich der zusätzlichen Vergütung für den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der FMC-AG & Co. KGaA bzw. seinen Stellvertreter, soweit dieser gleichzeitig Vorsitzender bzw. sein Stellvertreter im Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG ist. Soweit der Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der FMC-AG & Co. KGaA gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care Management AG ist, erhält er für seine Tätigkeit als Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der FMC-AG & Co. KGaA insoweit keine zusätzliche Vergütung.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA sowie die individuellen Bezüge der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2009 sind in der nachfolgenden Tabelle im Einzelnen dargestellt.

in Tsd. € ¹⁾	Festvergütung für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der FMC-AG & Co. KGaA		Vergütung für Ausschusstätigkeit in FMC-AG & Co. KGaA		Gesamtvergütung	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Dr. Gerd Krick	86	82	22	20	108	102
Dr. Dieter Schenk	43	41	0	0	43	41
Dr. Walter L. Weisman	29	27	36	35	65	62
John Gerhard Kringel ²⁾	29	27	7	20	36	47
William P. Johnston	29	27	22	20	51	47
Prof. Dr. Bernd Fahrholz	58	54	22	20	80	74
Summen	274	258	109	115	383	373

¹⁾ Ausweis ohne Umsatz- und Quellensteuer ; Umrechnung der US-\$-Beträge mit dem jeweiligen Durchschnittskurs für das entsprechende Kalenderjahr

²⁾ Ausschusstätigkeit in der FMC-AG & Co. KGaA bis einschliesslich Q2 des Jahres 2009

Die Vergütung des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care Management AG und die Vergütung für deren Ausschüsse wurde gemäß § 7 der Satzung der FMC AG & Co. KGaA an die FMC-AG & Co. KGaA weiterbelastet. Im Geschäftsjahr 2009 belief sich die Vergütung des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care Management AG insgesamt auf T€ 459 und die darin enthaltene Vergütung für deren Ausschüsse insgesamt auf T€ 190 auf Basis der jeweils stichtagsbezogenen Währungsumrechnung im Auszahlungszeitpunkt.

7. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2009 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die die ausgewiesenen Kennzahlen und Geschäftsergebnisse in irgendeiner Form nennenswert beeinflussen.

8. Abhängigkeitsbericht

Die persönlich haftende Gesellschafterin der FMC-AG & Co. KGaA hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und folgende Schlussklärung gegeben: „Bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen hat unsere Gesellschaft nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen worden sind, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Hof an der Saale, den 11. Februar 2010

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 12./22. Februar 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kuhn
Wirtschaftsprüfer

Storbeck
Wirtschaftsprüfer

**Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA,
Hof an der Saale**

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Hof an der Saale, 11. Februar 2010

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

Dr. B. Lipps

R. Powell

M. Brosnan

R. Fusté

Dr. E. Gatti

Dr. R. Runte

K. Wanzek



**Erklärung von Vorstand der
Fresenius Medical Care Management AG
und Aufsichtsrat der
Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA
zum Deutschen Corporate Governance Kodex
in der Fassung vom 18. Juni 2009 gemäß § 161 AktG**

Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA und Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA (nachfolgend der „Vorstand“) erklären, dass den von dem Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird. Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA und Vorstand beabsichtigen auch in Zukunft, die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten. Lediglich die folgenden Empfehlungen wurden, respektive werden nicht angewendet:

Kodex Ziffer 5.1.2 und Ziffer 5.4.1

„Altersgrenze für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder“

Gemäß Ziffer 5.4.1 des Kodex soll eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder festgelegt werden. Dasselbe soll gemäß Ziffer 5.1.2 des Kodex für Vorstandsmitglieder gelten. Fresenius Medical Care wird - wie in der Vergangenheit - auch künftig von der Festlegung von Altersgrenzen für Aufsichtsratsmitglieder und für Mitglieder des Vorstands absehen, da dies die Auswahl qualifizierter Kandidaten pauschal einschränken würde.

Kodex Ziffer 5.4.6

„Vergütung des Aufsichtsrats“

Gemäß Ziffer 5.4.6 des Kodex sollen Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten. Diese erfolgsorientierte Vergütung sollte auch auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile enthalten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care erhalten derzeit ausschließlich eine feste Vergütung. Die mögliche Einführung einer an den Unternehmenserfolg gebundenen erfolgsorientierten Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats wird derzeit noch geprüft.

Bad Homburg, Dezember 2009

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Aufsichtsrat und

Vorstand (der Fresenius Medical Care Management AG)